

STADTPARLAMENT Politische Gemeinde Arbon

Protokoll

19. Sitzung der Legislatur 2011-2015

Dienstag, 3. Dezember 2013, 18.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz:	Parlamentspräsident Remo Bass, CVP
Anwesend Stadtparlament:	29 Mitglieder
Entschuldigt:	Heller Felix, SP-Gewerkschaften-Juso
Anwesend Stadtrat:	Andreas Balg, FDP, Brühwiler Konrad, SVP, Hug Patrick, CVP, Stäheli Reto, CVP, Züllig Hans Ulrich, FDP
Protokoll:	Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 19/ 1. Mitteilungen
- 19/ 2. Voranschlag 2014 der Stadt Arbon
- 19/ 3. Fragerunde
- 19/ 4. Informationen aus dem Stadtrat
- 19/ 5. Verschiedenes

Präsident Remo Bass: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien, ich begrüsse sie freundlich zu unserer 19. Parlamentssitzung. Im Speziellen begrüsse ich Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli von der Stadtverwaltung.

Am vergangenen Sonntagabend haben sich die Tore der Arboner Weihnachtsausstellung bereits schon wieder geschlossen, der Nikolaustag steht vor der Tür und das Jahr 2013 wird bald geschrieben sein.

Wie alljährlich anfangs Dezember gilt es nochmals, im Parlament eingehend über die Bücher zu gehen und es heisst die Budgetdebatte zu führen, zu diskutieren und darüber abzustimmen, was im kommenden Jahr dem Volk betreffend Finanzen und Geschäfte zur Abstimmung vorgelegt wird. Somit kommen wir zu den Geschäften der 19. Parlamentssitzung der Legislatur 2011-2015.

Namensaufruf

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 28 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Entschuldigt hat sich Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso. Das absolute Mehr beträgt 15 Stimmen. Atakan Oezcelebi ist im Moment noch nicht anwesend, hat sich aber auch nicht abgemeldet.

Traktandenliste

Präsident Remo Bass: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle die Traktandenliste zur Diskussion. Sind Änderungswünsche oder Ergänzungen?

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 12. November 2013

- Einladung mit Traktandenliste für die 19. Parlamentssitzung der Legislatur 2011-2015

Mit Versand 2 vom 29. November 2013

- Kommissionsbericht FGK, Voranschlag 2014
- Projektübersicht der Stadt Arbon

Mit Sonderversand per Post am 27. September 2013

- Voranschlag 2013 der Stadt Arbon

Per E-Mail am 18. November 2013

- Parlamentsprotokoll der 18. Sitzung vom 29. Oktober 2013. Das Protokoll ist im Internet aufgeschaltet.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

- Parlamentarischer Vorstoss:

An der heutigen Sitzung ist eine Motion betreffend „Verhältnis mit der Schweizerischen Konferenz für die Sozialhilfe“ eingegangen Die Motion geht nun in Zirkulation.

Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Hanspeter Belloni, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Hanspeter Belloni, SVP: Gerne präsentiere ich ihnen die Beschlüsse der Einbürgerungskommission, welche an der Sitzung vom 5. November 2013 getroffen worden sind.

Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen:

- Batsilas Valantis, 1980, griechischer Staatsangehöriger
- Kalyoncu-Görpe Birgül, 1969, türkische Staatsangehörige
Kalyoncu Kubilay, 1997, türkischer Staatsangehöriger
- Murtezi Alisa, 1982, serbische Staatsangehörige
Murtezi Din, 2007, serbischer Staatsangehöriger

Das Gemeindebürgerrecht bildet die Voraussetzung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten.

An der nächsten Sitzung vom 10. Dezember 2013 stehen folgende Gesuche zur Behandlung an:

- Hukic Adis, 1975, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
Hukic Almedina, 1978, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
Hukic Selma, 2001, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
Hukic Mirela, 2004, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
Hukic Benjamin, 2013, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
- Kanagasabapathy Surenthiran, 1970, srilankischer Staatsangehöriger
Surenthiran Nilakshan, 1999, srilankischer Staatsangehöriger
Surenthiran Sajeshan, 2001, srilankischer Staatsangehöriger
Surenthiran Jershian, 2007, srilankischer Staatsangehöriger
Surenthiran Sarina, 2010, srilankische Staatsangehörige
- Mulamba Christian, 1987, kongolesischer Staatsangehöriger

Abgelehnte Gesuche:

Weil sie die schriftlichen Prüfungen nicht bestanden haben, wurden erneut drei Personen nicht ins Arboner Bürgerrecht aufgenommen:

Pendenzen:

Im Moment liegen 6 pendente, behandlungsreife Gesuche von 15 Personen vor (Voraussetzung ist das Bestehen der schriftlichen Prüfung). Weitere 8 Gesuche von 13 Personen befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im eidgenössischen Bewilligungsverfahren oder sind zurückgestellt.

Präsident Remo Bass: Danke Hanspeter Belloni und der Kommission für eure kompetente Arbeit und den ausführlichen Bericht.

2. Botschaft „Voranschlag 2014 der Stadt Arbon“

Präsident Remo Bass: Wir behandeln das Budget als Antrag des Stadtrates. Ich begrüsse zu diesem Traktandum speziell Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli von der Finanzverwaltung, welche in verdankenswerter Weise allfällige Änderungen elektronisch aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird uns daher das Endergebnis direkt vorliegen.

Vom Stadtrat liegen folgende Anträge vor:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2014 sei bei 76% zu belassen.
2. Der Voranschlag 2014 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 1'176'400.-- Mio. Franken sei zu genehmigen.
3. Die Investitionsrechnung 2013 mit Nettoinvestitionen von 15'270'000.-- Mio. Franken sei zu genehmigen.

Es liegt ihnen auch der Kommissionsbericht mit den Anträgen der FGK sowie mit den daraus resultierenden Zahlen vor.

Dieser Bericht mit den Anträgen der FGK ist ihnen vorgängig zugestellt worden. Während der materiellen Beratung sind sie selbstverständlich berechtigt, weitere Anträge zu stellen.

Ich möchte sie darauf hinweisen, dass das Eintreten gemäss Art. 17 der Gemeindeordnung obligatorisch ist.

Wir kommen zum Eintreten. Die Diskussion zum Eintreten ist offen. Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst Lukas Graf als Präsident der FGK.

Lukas Graf, Präsident FGK: Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission der Stadt Arbon hat den Voranschlag 2014 und den Finanzplan 2015 – 2017 eingehend geprüft, einen Fragenkatalog zusammengestellt und diesen im Rahmen der Sitzung vom 5. November 2013 mit dem Stadtrat und den Ressortverantwortlichen besprochen. Der daraus resultierende Bericht der FGK liegt ihnen schriftlich vor. Gerne möchte ich an dieser Stelle kurz auf die wichtigsten Inhalte des Berichts eingehen:

Das budgetierte Defizit von rund 1,2 Mio. Franken ist hauptsächlich auf die steigenden Kosten im Bereich Soziale Wohlfahrt zurückzuführen. Aufgrund von Gesetzesrevisionen bei den Sozial- und Krankenversicherungen müssen die Gemeinden massiv höhere Kosten in diesem Bereich tragen. Da bedürftige Personen tendenziell eher in der Stadt leben, steigen die Zentrumslasten stark an. Arbon ist mit diesem Problem nicht alleine, auch grössere Städte wie Frauenfeld, Winterthur, Bern oder Zürich spüren diese Effekte deutlich. In Arbon steigen gleichzeitig die Steuereinnahmen, was natürlich sehr erfreulich ist, jedoch Mindereinnahmen von rund Fr. 400'000.-- beim kantonalen Finanzausgleich ergibt. Gekoppelt mit der grossen Investitionslast führt diese Entwicklung zum besagten Aufwandüberschuss. Dieser wäre allerdings noch viel grösser, wenn die Einnahmeseite nicht mit den ausserordentlichen Erträgen des Hamel-Verkaufs um 1,1 Mio. Franken aufgestockt werden könnte. Gleichzeitig verringern sich die Ausgaben durch die Änderung der Abschreibungspraxis um Fr. 470'000.-- Ein Blick auf den Finanzplan zeigt denn auch, dass das jährlich wiederkehrende Defizit in Arbon über 2 Mio. Franken beträgt. Eine Trendwende ist noch nicht in Sicht und über ein komfortables Eigenkapitalpolster, mit dem ein paar kostenintensive Jahre kompensiert werden könnten, verfügt die Stadt leider nicht.

Wie sie dem Bericht entnehmen können, hat die FGK deshalb intensiv über mögliche Handlungsfelder diskutiert. Da viele Ausgaben, wie zum Beispiel die Sozialhilfekosten, gesetzlich oder vertraglich gebunden sind und bei den Investitionen ein grosser Nachholbedarf besteht, stellt die Erarbeitung eines wirksamen Sparpakets eine sehr grosse Herausforderung dar. Die FGK begrüßt die Ankündigung des Stadtrats, mit der Rechnung 2013 mögliche Sparmassnahmen zu präsentieren. Die Empfehlung der FGK an den Stadtrat, sich bei dieser Arbeit durch externes Fachpersonal unterstützen zu lassen, hat nichts mit Misstrauen zu tun.

Vielmehr ist die Kommission grossmehrheitlich der Auffassung, dass eine Aussensicht zur Bewältigung dieser Aufgabe sehr hilfreich wäre. Schliesslich zählt der Stadtrat auch in anderen Belangen auf externe Unterstützung, sei es bei der Verkehrsplanung oder bei der Betriebsanalyse der Abteilung Soziales. Selbstverständlich muss das Vorgehen an die Verhältnisse in Arbon angepasst werden und weder in gleicher Form, noch in gleichem Umfang oder gar vom gleichen Dienstleister wie im gewählten Beispiel der Stadt Gossau erfolgen. Die FGK ist auf jeden Fall bereit, bei diesem Prozess mitzuwirken.

Die Steuereinnahmen entwickeln sich in Arbon seit mehreren Jahren sehr erfreulich. Die budgetierten Mehreinnahmen von 7.7 % gegenüber dem Voranschlag 2013 und jeweils 5% in den Folgejahren liegen deutlich über dem Kantondurchschnitt. In Anbetracht der Hochrechnung zur Laufenden Rechnung 2013 sind diese Werte aber durchaus realistisch, sofern das konjunkturelle Umfeld stabil bleibt und Steuerrevisionen auf Bundesebene keine negativen Auswirkungen auf die Einnahmen haben.

Auf der Ausgabeseite dürfen die budgetierten Einsparungen gegenüber dem Voranschlag 2013 positiv hervorgehoben werden. Abgesehen vom Bereich Soziale Wohlfahrt konnte das Budget in allen Hauptbereichen reduziert werden.

Die FGK wird Ihnen in der Detailberatung zur Laufenden Rechnung einige Änderungsanträge stellen, wie Sie dem Bericht entnehmen können. Bei der Investitionsrechnung verzichtet die Kommission auf Änderungsanträge. Rund die Hälfte der Investitionen fällt beim Verkehr an, wo noch 2,5 Millionen für die NLK fällig sind, bevor im Jahr 2015 dann die letzte Tranche von Fr. 500'000.-- investiert wird. Weitere 2,3 Millionen Franken bleiben für die Mehrfachhalle reserviert. In der Vergangenheit wurde jeweils deutlich weniger investiert als budgetiert. Die FGK ist sich bewusst, dass die Umsetzung jeweils von vielen Faktoren abhängig und die Planung deshalb schwierig ist, jedoch wäre eine genauere Einschätzung des wirklich Machbaren wünschenswert.

Die FGK empfiehlt ihnen, den Steuerfuss bei 76 Prozent zu belassen, den Voranschlag nach Änderungen anzunehmen und den Investitionsplan zu genehmigen.

Ich möchte mich im Namen der FGK beim Stadtrat, den Abteilungsleitenden und den Mitarbeitenden der Verwaltung für die wertvolle Arbeit bedanken. Speziell danken möchte ich Mischa Vonlanthen für seine Unterstützung und meinen Kommissionskolleginnen und -kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit.

Philipp Hofer, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat, der Verwaltung und der FGK für die geleistete Arbeit.

Die Finanzlage der Stadt Arbon bleibt trotz positiver Entwicklung der Steuereinnahmen weiterhin angespannt. Auch im aktuellen Budget stehen hohe geplante Investitionen in der Höhe von über 15 Mio. Franken an, während für das kommende Jahr ein Aufwandüberschuss von rund Fr. 900'000.-- nach Beratung der FGK prognostiziert ist. Die grossen Investitionsvorhaben dürften die Verschuldung der Stadt Arbon auch in den kommenden Jahren massiv ansteigen lassen.

Die CVP/EVP-Fraktion hat sich intensiv mit dem Budget befasst und ist zum Schluss gekommen, dass der Stadtrat trotz angespannter Finanzlage ein in den meisten Bereichen nachvollziehbares und solides Budget dem Stadtparlament vorlegen kann. Die entscheidende Frage lautet für uns: Wie viel kann man sparen, ohne dass es zu einem spürbaren Leistungsabbau kommt? Wir sind der Meinung, der Stadtrat lässt bei der Budgetierung weitgehend eine Sparstrategie erkennen. Ein ähnliches Bild zeigen die Beratungen der FGK, bei der lediglich zusätzliche Sparmassnahmen in der Höhe von Fr. 275'000.-- ausgearbeitet wurden. Für die CVP/EVP-Fraktion stellt sich vielmehr die Grundsatzfrage, ob das konsolidierte Budget sich nicht auf einem zu hohen Niveau bewegt. Was, wenn sich weitere Bereiche neben den Kosten im sozialen Bereich völlig negativ entwickeln? Hat der Stadtrat noch etwas Luft, noch etwas Handlungsspielraum, oder wird dann sofort eine Steuerfusserhöhung nötig?

Für die CVP/EVP-Fraktion ist klar, der Steuerfuss muss über die nächsten Jahre dringend bei 76% belassen werden. Der Finanzplan 2015-2017 des Stadtrates sieht dies zwar so vor, doch empfehlen wir dem Stadtrat, mögliche negative Szenarien bei der Budgetierung stärker zu berücksichtigen und diese gedanklich durchzuspielen. Genauso wie die Kosten im sozialen Bereich völlig aus dem Ruder liefen, genauso könnten auf einmal die Steuereinnahmen rückläufig sein.

Auch der CVP/EVP-Fraktion bereiten einmal mehr die Kosten im sozialen Bereich grosse Sorgen. Wie kann es passieren, dass diese Kosten innert kürzester Zeit derart explodieren? Es ist höchste Zeit, in diesem Bereich endlich Transparenz zu schaffen und konkrete Massnahmen auszuarbeiten, wie der Stadtrat dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken gedenkt. Auf die Präsentation der Rechnung 2013 hin erwarten wir deshalb konkrete Sparvorschläge in Bezug auf die Soziale Wohlfahrt im Speziellen und weitere Sparmassnahmen auf das Budget 2015 im Allgemeinen. Wir meinen aber, dass die Identifikation und Umsetzung solcher Sparpotenziale durch unseren Stadtrat und ohne Hilfe durch Dritte geschehen soll.

Wir wünschen uns nun eine sachliche und konstruktive Detailberatung.

Hanspeter Belloni, SVP: Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und den Abteilungsleitern für die Erarbeitung des Voranschlags 2014. Im Speziellen bedanken wir uns bei Mischa Vonlanthen für seine aktive Unterstützung im Zusammenhang mit den Zahlen des Voranschlags und den daraus entstandenen Fragen.

Vieles wurde bereits durch den Präsidenten der FGK, Lukas Graf, aber auch durch meinen Vorredner erwähnt. Die SVP-Fraktion steht im Wesentlichen hinter dem Bericht der FGK.

Bereits im vergangenen Jahr hat die SVP Fraktion auf den fehlenden Sparwillen hingewiesen. Wir haben den Stadtrat aufgefordert, am strukturellen Defizit zu arbeiten und bemängelt, dass es immer noch Positionen im Budget gibt, die wünschbar aber nicht notwendig sind. Warum entsprechende Massnahmen erst 2014 in Angriff genommen werden sollen, ist der SVP schleierhaft.

Mein Empfinden bei der Durcharbeitung des Voranschlags war, dass der Stadtrat nun bereits so weit geht, dass Positionen nicht mehr im Detail aufgeführt werden (Beispiel Kauf Spielplatz in Frasnacht), vielleicht in der Hoffnung, dass es die FGK und das Parlament übersieht und den Voranschlag durchwinkt.

„Letztes Jahr haben wir den Kühlschrank geleert, dieses Jahr leeren wir die Vorratskammer, nächstes Jahr geht's ans Eingemachte!“

So ähnlich hat Kantonsrat Stefan Leuthold, GLP, Frauenfeld an der letzten Sitzung vom Grossen Rat die Lage vom Kanton Thurgau bildlich umschrieben und so sieht die SVP Fraktion die Lage der Stadt Arbon.

Gebundene Ausgaben, Altlasten, Vernachlässigungen über Jahre, falsche Strategien etc. machen sich im Voranschlag 2014 erneut bemerkbar und das ausgerechnet in einer Zeit des Wachstums und der Mehrausgaben im Sozialen Bereich, unter anderem infolge Umverteilung der sozialen Werke auf Bundesebene.

Es ist müssig, über die Vergangenheit zu debattieren und darüber zu schimpfen, dass Arbon den höchsten Gemeindesteuerfuss im Kanton hat.

Tatsache ist, dass die Stadt Arbon mit einem Cash-Flow von unter 3 Mio. Franken (das sind die erwirtschafteten Mittel) Investitionen von über 15 Mio. Franken realisieren will. Da braucht man wirklich kein Zahlenmensch zu sein, um zu merken, dass dies nicht aufgehen kann.

Wie soll es aber jetzt weitergehen?

In den Budgetdebatten der FKG hörte ich teilweise Antworten wie: "Wir haben es mal ins Budget aufgenommen, aber vielleicht brauchen wir es auch nicht". Dies lässt erahnen, wie der Voranschlag erstellt wurde und wie mit der aktuellen Lage umgegangen wird. Aber es ist eben einfacher, etwas mehr zu budgetieren, um zu verhindern, dass der Finanzchef Mischa Vonlanthen beim zuständigen Stadtrat anklopft, sollte das Budget überschritten werden.

Ich wünsche mir eine bessere Führung über alles und nicht eine Anhäufung von Machtansprüchen von jedem Ressort.

Die Entwicklung der Zahlen fordert jetzt eine breit abgestützte Grundsatzdiskussion, wie sie auch von der FGK gefordert wird.

Mittlerweilen wurde dies bereits vom Stadtrat angekündigt, aber die SVP-Fraktion ist wenig davon überzeugt, dass das angekündigte Vorgehen auch nachhaltige und längerfristige finanzielle Kosteneinsparungen bringen wird.

Eine Rückweisung des Voranschlags würde sicher dazu führen, dass der Stadtrat endlich Farbe bekennen und über die Bücher gehen müsste. Doch, warum beantragen wir sie eigentlich nicht?

Soziales: Ich werde den Verdacht nicht los, dass Stadtrat Züllig kurz vor der Budget-Debatte kalte Füsse bekommen hat, dass er mit dem Bericht der Betriebsanalyse vergangenen Mittwoch an die Medien gelangte. Die Medienmitteilung kommt mir vor wie eine Rechtfertigung, damit heute Abend keine entsprechenden Anträge formuliert werden.

Die FGK wurde im Rahmen der Besprechung vom 5. November von Stadtrat Züllig mündlich über die Ergebnisse informiert. Daraufhin hat die FKG Einsicht in diesen Bericht verlangt, was uns auch so zugesichert wurde.

Das Ergebnis, dass die erhebliche Kostensteigerung nicht durch interne, sondern durch externe Faktoren verursacht werde, dafür hätte man keine Betriebsanalyse erstellen müssen. Auch dass das Sozialamt über die notwendige Fachkompetenz verfügt und zwischen den Fachbereichen gut koordiniert ist, wurde von der SVP Fraktion nie bezweifelt.

Immerhin bewegt sich der Stadtrat nun endlich auch hier und wird prüfen, welche politischen Einflussmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden vorhanden sind.

Schade nur, dass sich der Stadtrat nicht schon viel früher in diese Richtung bewegt hat. Die SVP Fraktion wird am Thema dran bleiben und den zuständigen Stadtrat Züllig immer wieder nach den Ergebnissen dieser Abklärungen fragen.

Besoldung: Der Regierungsrat hat inzwischen informiert, wie es mit der generellen Lohnerhöhung beim Kanton aussieht. Heute Abend fordern wir den Stadtrat auf, diesbezüglich klare Aussagen zu einer allfälligen Besoldungserhöhung und zu den Auswirkungen auf das Budget zu machen. Wir behalten uns je nach Antwort vor, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Stabstelle um 50 Stellenprozente erhöhen: Gemäss Botschaft auf Seite 10 will der Stadtrat für die Koordination und Unterstützung der zahlreichen laufenden Projekte voraussichtlich eine 50%-Stelle schaffen. Dies allerdings, ohne die erhöhte Lohnsumme im Budget auszuweisen.

Die SVP-Fraktion ist aufgrund der finanziellen Lage nicht gewillt, eine zusätzliche 50%-Stelle zu schaffen, selbst wenn sie kostenneutral geschaffen werden sollte, was wir allerdings auch nicht glauben. In der Detailberatung werden wir einen entsprechenden Antrag stellen.

Zum Schluss: Es gilt, Investoren aufzuzeigen, dass die Stadtregierung in der Lage ist, mit der aktuellen Situation umzugehen. Viel steht auf dem Spiel, es ist viel Weitsicht gefragt in der "Stadt der weiten Horizonte". Die Fraktion steht zu ihrem Wort: Jede Steuererhöhung wird kategorisch von der SVP abgelehnt.

Die SVP-Fraktion schliesst sich abschliessend den Anträgen der FGK an. In der Detailberatung werden wir uns erlauben, zum einem oder anderen Konto zusätzliche Anträge zu formulieren.

Cyrill Stadler, FDP: Die Fraktion der FDP, die Liberalen, hat den veranschlagenden Bericht der FGK intensiv studiert und analysiert. Ein Budgetdefizit von 1,176 Mio. Franken bei aufgebrauchtem Eigenkapital gefällt niemandem. Die geplanten Investitionen fallen höher aus als man mit dem verfügbaren Cash-Flow bewältigen könnte. Mehr Text ist hier eigentlich gar nicht erforderlich. Wir vertrauen dem Stadtrat, dass er nun ein Massnahmenpaket zur Ausgabenreduktion erarbeitet und zusammen mit der Rechnung 2013 präsentiert, wie er dies auch im FGK-Bericht zu Protokoll gegeben hat.

Den Anträgen der FKK zum Voranschlag 2014 können wir grossmehrheitlich Folge leisten und diesen unterstützen. Einmal mehr hat sich in der Diskussion auch fraktionsintern gezeigt, dass es sehr hilfreich für die Debatte wäre, wenn klar ersichtlich zwischen den gesetzlich gebundenen und den frei wählbaren, aber vertraglich fixierten Aufgaben in der Darstellung unterschieden würde.

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Fraktion der SP, Gewerkschaften und Juso dankt der FGK und speziell ihrem Präsidenten für den ausgezeichneten Bericht, der die aktuelle Situation der städtischen Finanzen sehr gut beschreibt. Letztes Jahr an dieser Stelle konnte ich noch sagen, dass unsere Fraktion die finanzielle Situation zwar als anspruchsvoll, aber noch nicht als bedrohlich erachtet. Mit dem vorliegenden Budget haben sich nun aber einige Faktoren erheblich verschlechtert.

Während wir in den vergangenen Jahren immer argumentieren konnten, dass ja auch ein Gegenwert für unsere Ausgaben geschaffen wird, können wir dieses Argument nur noch beschränkt verwenden, da der Stadtrat mit einem Finanztrick, bzw. mit einer Praxisänderung, Abschreibungen im Umfang von Fr. 472'000.-- auf spätere Jahre verschiebt. Das Budget sieht auf diese Weise schon mal um rund eine halbe Million. besser aus. Gespart haben wir damit noch nichts, sondern nur aufgeschoben. Hinzu kommt der Verkauf des Hamels-Gebäude, welcher das Budget um Fr. 1,1 Mio. Franken aufbessert und auch mit der prognostizierten Zunahme der Steuereinnahmen von 7.7% wird dieses Mal sicher nicht tiefgestapelt.

Das vom Stadtrat budgetierte Defizit für 2014 von knapp 1,2 Mio. Franken, und der zu erwartende hohe Aufwandüberschuss von 1,5 Mio. Franken für dieses Jahr bereiten uns also Sorgen. Was uns jedoch noch viel mehr beschäftigt, ist die vom Stadtrat prognostizierte finanzielle Entwicklung in den nächsten Jahren. Es ist mit einem jährlichen Budgetdefizit von 2,5 Mio. Franken zu rechnen. Um die vorgesehenen Investitionen zu tätigen, muss die Stadt 48 Mio. Franken neue Schulden aufnehmen, die sich mit den bestehenden auf 74 Mio. Franken addieren werden.

Man kann es drehen und wenden wie man will: auch wenn alles ideal läuft, die Wirtschaft brummt, die Steuererträge fliessen, es bleibt ein strukturelles Defizit von über 2 Mio. Franken jährlich. Bei solchen Aussichten hätten wir vom Stadtrat erwartet, dass er bereits jetzt Überlegungen angestellt hat, wie der Haushalt der Stadt Arbon ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Wir brauchen dringend Gegensteuer, welche das Schiff in eine andere Richtung steuern. Und da sind der Kapitän und seine Offiziere gefordert.

Konkret brauchen wir Massnahmen, welche die Finanzen dauerhaft ins Gleichgewicht bringen. Eine Pflasterlipolitik, die mal hier mal da einmalige Einsparungen macht, kann das Problem nicht beheben. Diese Korrektur von einmaligen Ausgaben kann von Fall zu Fall begründet sein, bringt aber langfristig keine Entlastung.

Die SP wird das vorliegende Budget, abgesehen von ein paar Korrekturen, genehmigen, sich aber mit aller Kraft dafür einsetzen, dass spätestens auf das Budget 2015 eine Strategie vorliegen wird, welche aufzeigt, wie der Haushalt wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Damit dies gelingt, muss erstens am besten gleich morgen damit begonnen werden. Zweitens empfehlen wir dem Stadtrat dringend, externe Hilfe in Anspruch zu nehmen. So hat es Gossau gemacht, wo das Parlament nach einer externen Analyse Sparmassnahmen im Rahmen von 2 Mio. Franken verabschiedet hat und so macht es auch der Kanton Thurgau, wo mit externer Hilfe Sparpotential gesucht wird, indem mit anderen Kantonen verglichen wird.

Unsere Fraktion dankt dem Stadtrat und den Abteilungsleitenden, speziell Mischa Vonlanthen für die Auskünfte und sämtlichen Mitarbeitenden der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Vizestadtammann Patrick Hug: Besten Dank für die grösstenteils konstruktiven Voten zum Budget 2014. Eingangs einige grundsätzliche Bemerkungen: Der Stadtrat ging noch zu Beginn des Jahres 2013 davon aus, die grossen Ausgaben, vor allem auch die hohen Investitionen, durch die kontinuierlich steigenden Steuereinnahmen auffangen zu können. Er sah sich in dieser Strategie bestärkt durch die Rechnungsabschlüsse in den Jahren 2010 bis 2012, als den defizitären Budgets jeweils Rechnungen mit einer schwarzen Null oder gar mit einem kleinen Gewinn folgten. Selbst mit den Budgetdefiziten 2013 und 2014 weisen die Jahresergebnisse über zehn Jahre gesehen, also von 2005 bis 2014, einen durchschnittlichen Überschuss von über Fr. 160 000.-- aus. Es kann hier also durchaus von einer positiven Bilanz gesprochen werden.

Seit Beginn des Jahres 2013 allerdings sind die Sozialhilfeaustaben in einem nicht voraussehbaren Ausmass angestiegen. Als dieser Trend im zweiten Quartal anhielt, Hanspeter Belloni, hat der Stadtrat sofort gehandelt. Er hat noch vor den Sommerferien eine externe Betriebsanalyse in Auftrag gegeben, deren Ergebnis nun vorliegt. Und er hat bei der Präsentation des Budgets 2014 Mitte September ein Massnahmenpaket in Aussicht gestellt, um das Haushaltsgleichgewicht wieder herstellen zu können. Dieses soll ohne externe Begleitung durch den Stadtrat zusammen mit den Abteilungsleitenden erarbeitet werden und, Cyril Stadler hat es erwähnt, bis zur Präsentation der Rechnung 2013 im April 2014 vorliegen. Der Stadtrat wird aber, Lukas Graf, eine externe Beratung, also keine Begleitung, in Anspruch nehmen, um sicherzustellen, dass er methodisch korrekt vorgeht. Und dies braucht Zeit, Hanspeter Belloni und Bernhard Bertelmann. Das Ergebnis dieser Aufgaben- und Leistungsüberprüfung soll im Budget 2015 seinen Niederschlag finden.

Die FGK und einzelne Votanten nehmen immer wieder Bezug auf die Stadt Gossau. Erlauben sie mir eine Klammerbemerkung und ich bitte sie, dass das nicht unbedingt in die Presse geht. (Ich war berufsbedingt in den letzten Wochen dreimal bei Stadtpräsident Alex Brühwiler in Gossau. Selbst die externe Begleitung hat nicht verhindern können, dass die Stadt Gossau 33 Mio. Franken an Eventualverpflichtungen aus Solarförderungsverträgen in die Bilanz aufnehmen muss und die Finanzierung des vom Volk im Grundsatz genehmigten neuen Hallenbades noch nicht geklärt ist.)

Positive Beispiele übernehmen wir aber sehr gerne: So nimmt unsere Finanzverwaltung zurzeit eine Bewertung jedes einzelnen Aufwand- und Ertragskontos bezüglich Beeinflussbarkeit vor. Dabei wird nach Fristen und Ausmass unterschieden, also kurzfristig, mittelfristig und langfristig beeinflussbar, beziehungsweise stark, mittelstark oder wenig beeinflussbar. Auch werden die von Gesetz wegen oder durch einen laufenden Vertrag nicht beeinflussbaren Konti entsprechend gekennzeichnet.

Noch ein Wort zur neuen Abschreibungspraxis: Wir wollen nicht vorausilend abschreiben, also nicht schneller marschieren als die Musik spielt. Bei mehrjährigen Bauvorhaben erst im Jahr der Fertigstellung mit der Abschreibung zu beginnen, entspricht der kantonalen Verordnung über das Rechnungswesen der Gemeinden. Ich zitiere: "Bei Anlagen im Bau gibt es keine planmässigen Abschreibungen." Dies ist also kein Finanztrick, Bernhard Bertelmann.

Und abschliessend noch ein Wort zur aktuellen Hochrechnung 2013: Die Steuereinnahmen, und da kann ich sie beruhigen Philipp Hofer, steigen weiter kontinuierlich an und liegen mittlerweile Fr. 900'000.-- über Budget. Die Ausgaben in der öffentlichen Sozialhilfe, dies haben wir der FGK gegenüber kommuniziert, liegen 1,3 Mio. Franken über dem Voranschlag. Dies variiert immer wieder nach oben und nach unten. Mit der gebotenen Zurückhaltung rechnen wir derzeit mit einem Defizit von rund 1,5 Mio. Franken in der Jahresrechnung 2013.**Präsident Remo Bass:** Sind weitere Wortmeldungen? Damit ist die Eintretensdebatte geschlossen. Wir kommen nun zur Detailberatung der Laufenden Rechnung.

Detailberatung:

Ich möchte Ihnen vorab bekannt geben, wie ich die Detailberatung durchführen werde.

- 1.) Liegt ein Antrag der FGK vor, möchte ich nur auf Wunsch eines Stadtrats- oder eines Parlamentsmitgliedes abstimmen lassen, da dieser Antrag ansonsten für mich als unbestritten gilt. In diesem Fall würde der FGK-Antrag als genehmigt gelten.
- 2.) Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein Gegenantrag oder ein anderer Antrag gestellt, werden wir zuerst über Antrag FGK und Antrag Parlamentsmitglied abstimmen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Antrag des Stadtrates, den Sie dem Voranschlag entnehmen können, gegenübergestellt und darüber abgestimmt.
- 3.) Unbestrittene Korrekturen seitens Stadtrat: Wenn seitens Stadtrat Korrekturen angebracht werden und keine Wortmeldungen seitens Parlament erfolgen, gelten diese als unbestritten und damit als angenommen.
- 4.) Zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück und liegt ein FGK-Antrag vor, der ebenfalls als unbestritten gilt, gilt der FGK-Antrag als stillschweigend angenommen.
- 5.) Zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück, wird er hinfällig und wir müssen darüber nicht abstimmen.

Laufende Rechnung

Präsident Remo Bass: Ich werde Ihnen die funktionalen Hauptbereiche und die dazugehörigen Gruppen, die fettgedruckt sind, lesen und dann eine Pause machen, um zu sehen, wer etwas sagen will. Bei Wortmeldungen bitte ich Sie, immer auch die Kontonummer zu nennen.

Die Detailberatung ist eröffnet; Seite 1 von 31:

10 Allgemeine Verwaltung

FGK-Präsident Lukas Graf: Konto Nr. 1011.3101: Die FGK hat sich beim Stadtrat erkundigt, ob die neuen Reglemente wirklich alle gedruckt werden müssen. Wie Sie dem Bericht entnehmen können, rechnet der Stadtrat allerdings nur mit der Hälfte der Kosten. Auch wenn es sich um einen kleinen Beitrag handelt, beantragt Ihnen die FGK, das Budget entsprechend anzupassen und um Fr. 4000.-- Franken zu kürzen.

Roman Buff, CVP/EVP: Ich habe eine grundsätzliche Frage. Nehmen wir die weissen Seiten, Seite 1 bis Seite 15 nicht mehr durch. Ich hätte dort noch eine Frage.

Präsident Remo Bass: Wenn man dies wünscht, wir können das machen. Somit beginnen wir auf der Seite 1:

Luzi Schmid, CVP/EVP: Seite 5, Soziale Wohlfahrt: Das ist die entscheidende Seite, die soziale Wohlfahrt. Wir haben die sehr erfreuliche Seite 4 mit der Steuerentwicklung gesehen, jetzt kommen wir zu diesen Hammerseiten 5 und 6, für mich mit doch wenig Begründungen darin, wie es mit der Entwicklung der sozialen Wohlfahrt weitergehen soll. Da gilt es ja auch den Bericht, der heute schon einige Male zitiert worden ist, zu erwähnen. Mich stört es sehr, dass wir vom Parlament über die Presse erfahren müssen, was darin steht. Ich habe sogar gehört, dass die FGK-Mitglieder diesen Bericht nicht im Detail kennen. Ich erinnere daran, im Hamel haben wir jeden Punkt beim Bericht und beim Kaufvertrag auseinander genommen, und da soll man nun so stillschweigend darüber hinweggehen. Ich verstehe das nicht und möchte vom Stadtrat wissen: Bekommen wir diesen Bericht zum lesen? Mindestens kann sich die FGK ein Bild machen, die richtigen Schlüsse ziehen und uns allenfalls informieren, sonst hätte ich wirklich den Eindruck, dieser Bericht ist ein Freipass für die sich doch schlecht entwickelnden Finanzen der Wohlfahrt Menschlich ist es doch ein sehr schwieriges Thema.

Dann noch zur Berichterstattung selber, da ist in der Thurgauer Zeitung gestanden, hat der Stadtrat oder die Teilnehmer an dieser Pressekonferenz effektiv gesagt, dass nur die SVP dieses Thema immer wieder kontrolliert. Es ist so in der Zeitung wiedergegeben. Wurde dies so gesagt? Die CVP-Fraktion, und ich weiss auch andere Fraktionen haben immer wieder auf diese schwierige finanzielle Situation bei der sozialen Wohlfahrt hingewiesen.

Darf ich das noch wissen betreffend dem Bericht bei der Pressekonferenz, ob das dort wirklich so gesagt worden ist und dass die FGK allenfalls dieses Problem aufnehmen kann und uns später darüber informieren wird?

Stadtammann Andreas Balg: Ich nehme kurz Stellung zum Umgang mit den Informationen, anschliessend gebe ich das Wort an Hans Ulrich Züllig weiter.

Wir haben bei den Hamelverträgen die Situation, dass neben der Stadt auch Drittpersonen, Institutionen, miteingebunden sind. Damals haben wir den Hamel-Bericht der FGK zur Einsicht zur Verfügung gestellt und anschliessend wieder eingesammelt. Wir werden dieses Thema, Weitergabe des Sozialberichts auch diskutieren. Dies ist ein rein interner Bericht ohne Verknüpfung mit Drittpersonen oder Institutionen. Wir sind bereit, diesen Bericht den FGK-Mitgliedern persönlich vertraulich zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Zur zweiten Frage: Wir führen kein Wortprotokoll über die Pressekonferenz. Mir ist auch nicht bekannt, dass diese Frage von uns so angeschnitten worden ist. Ich kann dazu keine weiteren Aussagen machen, ich gehe davon aus, das ist journalistische Freiheit.

Präsident Remo Bass: Wir fahren weiter mit der Seite 6 und Seite 7 Finanzausgleich sowie Seite 8 Abschreibungen, Seite 9: Ausserordentliche Erträge:

Roman Buff, CVP/EVP: Ich habe eine Frage zum Personalaufwand ebenfalls auf Seite 9, Ressort Präsidium Stabstellen, wo eine Änderung im Stellenetat von plus 50% vermerkt ist. Hanspeter Belloni hat es schon beim Eintreten in schon fast materieller Art erwähnt. Um was handelt es sich hier? Bei der neuen Stellenunterstützung, Projekte, frage ich den Stadtrat: In welchem Konto ist diese Personalaufstockung in Franken im vorliegenden Budget enthalten?

Meine zweite Frage: Falls der Stadtrat insbesondere auf das Konto keine Antwort hat oder sie im Budget nicht enthalten ist, stellen wir den Antrag, diese Stellenprozentänderung zu streichen. Ich weiss zwar nicht sicher, ob dies so politisch möglich ist.

Cyrill Stadler, FDP: Zu diesem Thema möchte ich auf die Gemeindeordnung, Art. 42 hinweisen. Da heisst es wörtlich. "Der Stadtrat genehmigt den Stellenplan im Rahmen des Budgets." Im Budget ist diese Position nicht ergänzt, also folglich haben wir hier nicht darüber zu befinden.

Hanspeter Belloni, SVP: Ich ergänze Roman Buff auf Seite 9 bzw. auch auf Seite 10 Ressort Präsidium Stabstellen. Im ersten Satz steht, dass für die Koordination und Unterstützung der zahlreichen laufenden Projekte voraussichtlich eine 50 %-Stelle geschaffen wird. Herr Stadtammann Andreas Balg, als ehemaliger Leiter Wirtschaftsförderung Thurgau beinhaltet das Anforderungsprofil für diese 50%-Stelle genau ihre Präferenzen. Da sie bis heute noch kein Ressort betreuen und wie sie selber im Wahlkampf ausgesagt haben, sich dort engagieren, wo es brennt, sieht die SVP-Fraktion nicht ein, warum diese 50 %-Stelle geschaffen werden soll. Wer könnte diese Stelle denn besser ausfüllen als sie selbst?

Ich wiederhole mich gerne, Riquet Heller, die SVP-Fraktion ist aufgrund der finanziellen Lage nicht gewillt, eine zusätzliche 50 %-Stelle zu schaffen, selbst wenn sie kostenneutral geschaffen werden sollte, was wir allerdings auch nicht glauben. Entsprechend stelle ich auch den Antrag, wie mein Vorredner Roman Buff: Verzicht darauf eine 50 %-Stelle, gemäss Seite 9 zu schaffen.

Präsident Remo Bass: Unterdessen ist Atakan Oezcelebi, SP-Gewerkschaften-Juso eingetroffen. (18.55 Uhr)

Lukas Graf, FGK: Ich komme da noch zur FGK-Ansicht bezüglich dieser Besoldungen. Ich wollte das eigentlich unter 1020,3010 Besoldungen bringen, wo es eigentlich hingehört. Wie gesagt, der Stadtrat plant eine 50 %-Stelle. Zu den Aufgaben dieser Stelle gehört der Immobilienservice und die Koordination von Projekten im Ressort Präsidium, insbesondere was die Abgeltung von Zentrumsleistungen durch Nachbargemeinden betrifft. Die FGK begrüßt es, dass der Stadtammann diese Aufgaben forcieren will. Dazu sollen aber nach Ansicht der FGK bestehende personelle Ressourcen genutzt werden und keine Neuanstellung erfolgen. Entsprechende Kosten sind allerdings auch nicht budgetiert, weshalb es hier keinen Änderungsantrag gibt.

Und wenn ich schon hier stehe, gleich auch noch zum Thema vorhin, wenn wir auf diese Weise vorgehen: Die FGK wird sich des Themas annehmen und die Betriebsanalyse genauer prüfen. In welcher Form, muss ich noch Rücksprache halten, denn ich habe gestern die Fraktionspräsidenten und die FGK-Mitglieder darüber informiert.

Präsident Remo Bass: Fahren wir weiter:

Ressort Präsidium, Stabstellen Seite 10, Sachaufwand,
Seite 14 Finanzierungsnachweis
Seite 15 Kennzahlen

keine Bemerkung
keine Bemerkung
keine Bemerkung

Wir fahren weiter mit der laufenden Rechnung:

1012 Exekutive:
1013 Stadtparlament:
1020 Gemeindeverwaltung:

keine Bemerkung
keine Bemerkung

Lukas Graf, Präsident FGK: 1020.3110 Anschaffungen Mobilien, Maschinen, Geräte: Im Vergleich zur Rechnung 2013 steigt dieser Betrag um Fr. 11'000.-- an. Auf Nachfrage der FGK relativiert der Stadtrat den Anstieg, indem er auf den durchschnittlichen Aufwand der letzten fünf Jahre verweist, welcher Fr. 12'000.-- beträgt. Die FGK beantragt, das Budget um Fr. 3000.-- zu kürzen und damit diesem Durchschnittswert anzupassen.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Vorhin wurden mehrere Fragen gestellt bezüglich dieser zukünftigen halben Stelle im Ressort des Stadtammans und ich meine, die Fragen sind noch zu beantworten durch den Stadtammann.

Elisabeth Tobler, SVP: Wir hätten wirklich gerne eine Antwort zu den verschiedenen Fragen, die Herr Gubser moniert hat.

Stadtammann Andreas Balg: Es war mir nicht klar, ob wir diesen Punkt hier erörtern oder bei den Budgetposten der Besoldung. Die Frage, die ich mir notiert habe: Um was geht es und um welches Konto. Die Situation vorweg ist so, dass wir eine Entwicklung planen, ich meine, dass wir sie sogar dringend nötig haben, dass wir den weiteren Ausbau und die Entwicklung im Stadtrat noch nicht abgeschlossen haben, sondern das für die nächsten Stadtratssitzungen geplant ist. Die Idee, bzw. die Aufgabe dieser Stelle geht, wie es Lukas Graf bereits erwähnt hat, im wesentlichen um einen professionellen Immobilienservice, der insbesondere die Entwicklung der bestehenden Unternehmungen unterstützt und mögliche Angebote von neuen interessierten Unternehmungen prüft. Zusätzlich zu dieser Dienstleistung sind ganz generell Unternehmer-Dienstleistungen geplant, wie beispielsweise Beratung zu den Abläufen in den städtischen Fragen, Wirtschaftsgipfel mit den Unternehmen oder etwas, was bisher von Gewerbe- oder Arbeitgeberverband nicht durchgeführt wurde, dass wir von der Stadt aus dann ein Angebot oder eine Veranstaltung machen, wo Gewerblern, die sich insbesondere in der Entwicklung und im Auftrag, für die Entwicklungen auf dem Werk2 mit HRS interessieren, eine Plattform bieten, beispielweise in Form einer Tischmesse oder etwas ähnlichem.

Daneben geht es um präsidiale Projekte und es ist so, dass wir stadtübergreifende Projekte haben, die einzelne Abteilungen, die die Stadt direkt betreffen aber in einem Mix in der es nicht eindeutig zuordnungsbar macht, auf der einen Seite, Finanzen, Recht und Bau beispielsweise und auf der anderen Seite die starke Unterstützung des Präsidiums notwendig macht. Das sind die Schwerpunktaufgaben. Da wir das im Stadtrat noch nicht abschliessend besprochen haben, ist es auch noch nicht budgetiert und noch nicht einem Konto zugewiesen, letztendlich läuft das dann im Präsidium.

Die Bemerkung, dass das Präsidium selbst kein eigentliches Ressort führt, möchte ich folgendermassen erwiedern: Das Präsidium hat direkte Verantwortungsbereiche für die Führung der ganzen Verwaltung, Stadtrat, verwaltungsorientiert und politisch. Das ist bei 110 Leuten eine grosse Aufgabe. Zusätzlich gehört Repräsentationen und Beziehungen, Boden- und Immobilienstrategie, Informationspolitik, Stadtentwicklung, Verkehr und Entsorgung, Tourismus und Kulturförderung zu den Aufgabenbereichen des Ressorts Präsidium. Das in der aktuellen Situation wie es in Arbon aussieht und die Entwicklung aufzeigt, ist allein schon die Entwicklung ein Riesenthema, das kaum innerhalb eines normalen Ressorts abgewickelt werden kann. Zusätzlich zu diesen Aufgaben kommt das Präsidium Abwasserverband Morgental, das ist ein Thema Ver- und Entsorgung, dann das Präsidium Kulturkommission, Ortsbildkommission, allenfalls Verkehrskommission, Vizepräsidium Arbon Energie, das gehört ebenfalls auch zur Versorgung. Vorstandaktivitäten bei der Pensionskasse, der Genossenschaft Regionales Pflegeheim Sonnhalden und dann die sehr, sehr wichtigen Vorstandstätigkeiten in der Regionalgruppe Oberthurgau mit den wirklich spannenden und dringenderen Projekten in der regionalen Entwicklung, sowie die regionale Betreuungs- und Beziehungspflege und Vorstandstätigkeiten in den Vereinigungen der Gemeinden St. Gallen im Vorstand der Interessengemeinschaft Standortmanagement St. Gallen und umliegende Gemeinden.

Ich darf darauf hinweisen, dass insbesondere diese Vorstandstätigkeit uns verholfen hat, dass über das Agglomerationsprojekt überhaupt die NLK zu entwickeln. Ich verzichte jetzt darauf auch die anderen vielfältigen Projekte aufzuzählen. Wenn wir hier keine zusätzliche Unterstützung anbieten können, können ganze wichtige Unterstützungen und Projekte in der Stadt nicht im nötigen Rhythmus vorwärts getrieben werden. Ich habe heute noch kurz mit Alexander Stojkovic, der mich hier in dieser Aufgabe unterstützen soll, mit ihm nochmals darüber diskutiert und wir gehen soweit, dass wir sagen, wir sind überzeugt, dass der Leistungsbeitrag ein Mehrfaches der Kosten aufwiegen wird.

Andrea Vonlanthen, SVP: Vielen Dank Herr Stadtammann Andreas Balg für ihre Auskunft. Sie ist sicher korrekt, aber sie wäre auch korrekt für alle anderen Stadtammänner im Kanton, von denen wir wissen, dass jeder mindestens zwei eigentliche Ressorts führt, neben all diesen Repräsentations- und Kommissionsaufgaben. Ich denke es wäre auch für den Stadtrat gut, wenn er einmal die Informationen von den anderen Städten einholen würde um da eine Vergleichsmöglichkeit zu haben und allenfalls zu sehen, wo Herr Stadtammann Balg entlastet werden könnte, um sich dann vermehrt der eigentlichen Wirtschaftsförderung zu widmen.

Um die geht es ja hier und da meinen wir, Wirtschaftsförderung ist da in der Kompetenz des Wirtschaftsförderers und der Stadtammann ist ein professioneller Wirtschaftsförderer.

Es sind zwei Fragen Herr Stadtammann, die doch nicht ganz befriedigend beantwortet worden sind. Auf wann möchten sie die neue Stelle genau einführen und zweitens woher holen sie das Geld? Sie sagen, wir finanzieren es kostenneutral, aber irgendwo müssen ja die Fr. 70'000.-- eingespart werden, damit sie das dann einsetzen können.

Präsident Remo Bass: Entschuldige die Unterbrechung, aber das gehört nicht zur laufenden Rechnung.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich denke, das gehört zu diesem Punkt Besoldungen, Herr Präsident und ich erwarte da noch eine kurze Antwort des Herrn Stadtammann.

Präsident Remo Bass: Wir sind aber noch bei weitem nicht bei den Besoldungen. Gibt es eine Antwort von Andreas Balg?

Stadtammann Andreas Balg: Die allfälligen zusätzlichen Kosten müssten noch beantragt werden.

Präsident Remo Bass: Wir sind stehen geblieben bei Konto Nr. 1020.3110. Die FGK beantragt Kürzung um Fr. 3'000.--, sind dazu weitere Wortmeldungen?

1021 EKAS (Sicherheit am Arbeitsplatz):	keine Bemerkung
1028 Bauverwaltung:	keine Bemerkung
1029 Werkhof:	keine Bemerkung
1030 Leistungen für Pensionierte:	keine Bemerkung
1090 Verw.-Liegenschaft: Stadthaus:	keine Bemerkung
1091 Verw.-Liegenschaft Kappeli:	keine Bemerkung
1092 Verw.-Liegenschaft Bahnhofstr. 24:	keine Bemerkung

11 Öffentliche Sicherheit

1100 Grundbuch, Mass und Gewicht:	keine Bemerkung
1101 Einwohnerdienste:	keine Bemerkung

1102 Berufsbeistandschaft:

Luzi Schmid, CVP/EVP: Konto 1102.4521: Die Berufsbeistandschaft ist jetzt ein Jahr im Amt und wir haben jetzt erste Erfahrungen. Wir haben kürzlich gelesen, dass die KESB (Kinder- und Erwachsenen-schutzbehörde) doch ein wenig starr arbeitet, sehr juristisch ausgelegt ist und viel kostet. Hat das, dies eine Frage an den Stadtrat, hat das einen Einfluss auf die Kosten der Berufsbeistandschaften, denn ich sehe, wenn es so weiter geht, geht es jedes Jahr Fr. 30'000.-- bis Fr. 40'000.-- in die Höhe. Es wird hinten bei den Bemerkungen gesagt, gemäss Stellenetat. Kann ich wissen, wie diese Entwicklung ist und was zu erwarten ist, auch wie diese Entwicklung erfolgt ist. Dann habe ich noch eine Frage zu Konto 1102.4521. Da werden Dienstleistungen gemacht für Roggwil. Das finde ich sehr gut, wenn ich das aber umrechne, sind da die Kosten für Roggwil und die Kosten für Arbon. Nehmen wir die Einwohnerzahlen, kostet das für Arbon Fr. 40.-- pro Einwohner und Roggwil nur Fr. 14.--. An was liegt das, dass wir wesentlich teurer sind und kann man sagen, was mit Roggwil, mit dieser Betreuung passiert ist, ist das wirklich abgedeckt oder nach welchen Zahlen wird das der Gemeinde Roggwil in Rechnung gestellt?

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Zu der Kostenentwicklung der Berufsbeistandschaft: Kostentreiber sind die Fallzahlen, die in letzter Zeit verstärkt werden durch eine steigende Komplexität in der Problemstellung. Als Richtgrösse werden nach Branchenanzahl etwa die Führung von 60 Dossiers auf eine 100 Prozentstelle gerechnet. Die Stadt Arbon bewegt sich nach wie vor innerhalb dieser Richtgrösse, dies ungeachtet der Grösse dieser genannten Komplexität der individuellen Fälle und der in der letzten Zeit stark ansteigenden administrativen Anforderungen.

Ein weiterer wesentlicher Kostentreiber ist die gegebene Infrastruktur. An der Bahnhofstrasse, isoliert vom Rest der Sozialen Dienste, führt es zu einem grösseren Aufwand, man muss zum Beispiel einen separaten Empfang einrichten und betreiben, erschwert die interne Kommunikation und verlängert die administrativen Abläufe. Ohne mich allzu weit aus dem Fenster zu lehnen, gehe ich davon aus, dass in dieser Struktur ein produktives Potential von 10 bis 15 Prozent schlummert. Der Stadtrat hat sich daher vorgenommen, hier eine Zusammenlegung der Sozialen Dienste mit Priorität zu prüfen.

Zu ihrer Frage Dienstleistungen Roggwil: Diese Kosten orientieren sich nicht an der Einwohnerzahl. Nochmals, es sind die Fallzahlen, die kostenbestimmend sind. Hier haben wir eine neue Leistungsvereinbarung getroffen. Diese basiert auf den effektiven direkten Kosten plus einen angemessenen Zuschlag für allgemeine Verwaltungskosten, welche hier eingerechnet sind. Die Gemeinde Roggwil hat sich auch da bereit erklärt, mit der neuen Leistungsvereinbarung einen deutlichen, fast dreifachen Betrag zu bezahlen.

Präsident Remo Bass: Sind dazu keine weiteren Wortmeldungen fahren wir weiter.

1103 Schlichtungsstelle für Miete und Pacht:	keine Bemerkung
1109 Übrige Rechtspflege:	keine Bemerkung
1113 Polizei:	keine Bemerkung
1140 Feuerwehr:	keine Bemerkung
1151 Militär (ALST):	keine Bemerkung
1152 Schiessanlage Tälisberg:	

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich stelle einen Antrag zum Konto Nr. 1152 Schiessanlage Tälisberg. Der Antrag lautet: Die Habenposition der Schiessanlage Tälisberg sei um Fr. 10'000.-- zu erhöhen.

Warum? Die Kosten bei der Schiessanlage Tälisberg müssen unseres Erachtens strukturell gesenkt werden, bzw. die Haben-Position muss erhöht werden. Das heisst, dass sich die dort beheimateten Schützenvereine an den jährlichen Kosten zu beteiligen haben. Aus dem Konto 1152 geht hervor, dass dies bis anhin nicht geschieht. Ich bitte das Parlament, diesen Antrag zu unterstützen.

Stadtrat Konrad Brühwiler: Namens des Stadtrates bitte ich sie, diesen Antrag abzulehnen. Dieser Antrag zielt vor allem auf das Privileg der Schützen, eine Schützenstube zu besitzen. Der Tälisberg, die gesamte Anlage hatte im Jahr 2012 Ausgaben von Fr. 75'000.-- und Mieteinnahmen von Fr. 8'000.--, wohlverstanden, die ganze Anlage, der ganze Schiessbetrieb, Umgebungsarbeiten, einfach alles. Der Schützenverein Tälisberg unterhält und pflegt die Schützenstube und der Erlös aus diesen Vermietungen fliesst vollumfänglich zurück in die Stadtkasse. Diese Ein- und Ausgaben werden durch die zwei Gemeinden gemäss Kostenteiler geteilt. Für Arbon blieben im Jahr 2012 für die ganze Anlage Kosten von Fr. Fr. 49'000.--. Der Schützenverein Tälisberg betreibt im Jugendbereich Jugendarbeit. Sie organisieren Jungschützenkurse und sind aufgrund dieser sehr gut besuchten Jungschützenkurse im Jugendbereich im Thurgau eine Vormacht. Die Theorielektionen zu diesen Jungschützenkursen finden in dieser Schützenstube statt. Die Jugendlichen treffen sich mit ihren Leitern nach dem Sport in der Schützenstube und pflegen das Zusammensein. Für dieses Privileg, wenn es überhaupt eines ist, wollen sie nun die Stammvereine bestrafen.

Ich bitte die Antragstellerin auf Seite 32 Konto 1951 einmal zu blättern und die Kostenposition Rondelle anzuschauen. Dort unterhält die Stadt Arbon ein Jugendhaus mit Ausgaben von rund Fr. 35'000.-- pro Jahr und Mieteinnahmen von Fr. 5'000.--. Ein Jugendhaus für Jugendliche, einfach so und Kosten pro Jahr Fr. 29'000.--. Ich überlasse es ihnen zu entscheiden, welche dieser Investitionen nachhaltiger ist. Ich erwähne es deshalb, da müssen wir aufpassen, dass wir nicht den Fehler machen und anfangen, die Vereine und Organisationen gegeneinander auszuspielen. Vereine, die im Trend sind, denen fällt es leichter, zu modernen Sportanlagen zu kommen. Vorstand und Mitglieder, der im Tälisberg domizierten Schützen erfüllen in allen Bereichen einen sehr guten Job. Sie engagieren sich im Freizeitbereich, sind bescheiden und genügsam. Der Stadtrat ist für das Jugendhaus Rondelle, aber auch für den Schiessbetrieb in Tälisberg, bzw. die aktiven Schützenvereine.

Bitte demotiviert diese Vereine nicht, indem ihr ihnen diese unsinnige Belastung aufdrückt und lehnt diesen Antrag ab. Er schafft Ungerechtigkeit gegenüber den anderen Vereinen.

Ekin Yilmaz, SP-Gewerkschaften-Juso: Arboner Vereine oder Institutionen gegeneinander auszuspielen finde ich jetzt wirklich nicht so produktiv. Jeder Verein leistet Jugendarbeit und jeder Verein bezahlt aber auch Miete dafür und wieso sollen das die Schützen nicht machen. Ich verstehe dieses Privileg nicht.

Hanspeter Belloni, SVP: Ich bin erstaunt über den Antrag von Inge Abegglen. Ich hatte Gelegenheit an der Weihnachtsausstellung, vielleicht haben sie es gesehen, der Schützenverein hatte den Wurststand betrieben, unbekannterweise mit der Schützenmutter zu sprechen. Sie ist die Person, die den Betrieb unterhält und ich habe bemerkt, wie viel Herzblut dass da dahinter steht und ich finde es nicht fair den Schützen gegenüber, dass wir sie für ihr Engagement, und das ist wirklich enorm, bestrafen. Ich konnte mit beiden sprechen und hatte keine Informationen über Details, war sehr erstaunt, wie viel Ehrenamtlichkeit da noch dahinter ist und weil bei manchen immer mehr in jedem Jahr im Budget steht, die Ehrenamtlichkeit immer mehr verloren geht. Ich möchte ihnen schmackhaft machen, den Antrag abzulehnen.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich danke Konrad Brühwiler für die Bestätigung, dass die Schützenvereine privilegiert in Arbon behandelt werden. Der Volleyballclub bezahlt Saalmieten, der Fussballclub bezahlt Saalmieten, der Ruderclub hat ein eigenes Haus, das er selber unterhält. All diese Vereine führen Jugendarbeit durch. Diese Jugendarbeit wird obendrein auch entschädigt durch einen Betrag der Gemeinde pro Jugendliche. Es ist wirklich nicht einzusehen, wieso ein Verein oder zwei Vereine, die sich vielleicht mit einem besonders vaterländischen Sport abgeben, bevorzugt werden sollen.

Präsident Remo Bass: Wir kommen zur Abstimmung.

://: Der Antrag von Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso, um eine Erhöhung der Haben-Position von Fr. 10'000.--, Konto Tälisberg, wird mit 17 zu 12 Stimmen abgelehnt.

1160 Zivilschutz (Eigene Anlagen):

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1160.3520 Beitrag an Zivilschutzregion Arbon. Die FGK beantragt, den Beitrag an die Zivilschutzregion um Fr. 49'900.-- zu kürzen. Ursprünglich hat sich die Kommission beim Stadtrat nach den Gründen für den Anstieg der Kosten unter „1162.4624 Anteil Arbon“ erkundigt – wir kommen nachher gleich dazu. Gemäss Antwort des Stadtrates sind die Materialbeschaffungsvorgaben durch Bund und Kantone der Auslöser. Im Rahmen der Besprechung vom 5. November informierte Stadtrat Brühwiler die FGK, dass diese Materialbeschaffung nun aus Ersatzbeiträgen finanziert wird, weshalb der gesamte Betrag unter 1162.3111 gestrichen werden kann. Dies wiederum hat zur Folge, dass sich der Beitrag an die Zivilschutzregion Arbon um Fr. 49'900.-- reduziert.

Präsident Remo Bass:

1162 Zivilschutzorganisationen Region Arbon:

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1162.3111 Anschaffung Material vom Kanton. Wie soeben erläutert, werden diese Kosten im Jahr 2014 aus Ersatzbeiträgen finanziert. Dies hat Auswirkungen auf zahlreiche Konti unter „1162 Zivilschutzorganisation Region Arbon“. Die FGK beantragt Ihnen, sämtlichen sechs Änderungsanträgen gemäss Bericht zuzustimmen.

Präsident Remo Bass:

1163 Regionaler Führungsstab (RFS):

keine Bemerkung

13 Kultur und Freizeit

1300 Kulturförderung:

Claudia Zürcher, FDP: Konto 1300.36518 Beitrag an Kulturcinema. Ich beantrage die Erhöhung des Beitrags um Fr. 3'000.-- auf den Betrag von Fr. 8'000.--, wie er im Jahr 2012 gesprochen wurde. Dazu meine Erläuterungen: Das Kulturcinema erhält vom Kanton den gleichen Betrag wie die Stadt Arbon spricht. Wird nun die Stadt ihren Beitrag um Fr. 3'000.-- kürzen, heisst das für das Kulturcinema eine Reduktion um Fr. 6'000.--, kommt hinzu, dass der Kanton seine Gelder des Kulturcinemas nur spricht, wenn es ein hochwertiges Jazzprogramm bietet. Fehlen dem Kulturcinema aber Fr. 6'000.--, wird es Mühe bekunden, dieses Programm zu bieten. Dies könnte am Schluss zur Folge haben, dass der Kanton seinen Betrag nicht spricht, wodurch das Kulturcinema insgesamt allenfalls sogar Fr. 11'000.-- weniger in der Kasse hat.

Es stellt sich aber hier grundsätzlich die Frage, ob gerade jetzt, wo „Kultur läbt“ sich aufgelöst hat, somit Fr. 8'000.-- weniger anfallen, einer anderen kulturellen Institution in der Altstadt auch noch der Beitrag gekürzt wird. Wollen wir die Altstadt wirklich beleben? Wäre diese Kürzung nicht der falsche Ansatz?

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich unterstütze den Antrag von Claudia Zürcher. Wir stellen fest, dass bei der Kulturförderung einiges geändert worden ist. „Kultur läbt“ ist gestorben, schade. Dasselbe Publikum, das Kleinstveranstaltungen von „Kultur läbt“ besucht hat, ist das Publikum, das jeweils ins Kulturcinema geht, mit Musikveranstaltungen oder mit interessanten Filmen, die nicht in den grossen Kinos in St. Gallen laufen. Es ist nun nicht einzusehen, wenn der Beitrag an die Tanzwerkstatt, den wir letztes Jahr vom Parlament her durchgedrückt haben, ergänzt jetzt auch noch durch einen Beitrag der Arboner Sänger, was ich durchaus verstehe und in Ordnung finden kann, dass gerade das auf Kosten des Kulturcinemas geht. Ich finde das nicht richtig. Ich bitte sie darum, dem Antrag von Claudia Zürcher zuzustimmen.

Weiter stelle ich den Antrag Konto 3100.36599 Diverse Einzelbeiträge (Kulturkommission) am Betrag vom Vorjahr, nämlich Fr. 25'000.-- festzuhalten. Es ist richtig, dass die Kulturkommission im Jahr 2013 nur etwa Fr. 20'000.-- an Einzelbeträgen gesprochen hat aufgrund der Situation der verschiedenen Projekte. Dies jetzt aber gleich als Grund zu nehmen, um auch dort das Budget zu kürzen, das fände ich falsch. Ich kann ihnen aber versichern, dass die Kulturkommission mit dem zur Verfügung stehenden Geld haushälterisch umgehen wird. Es ist daher nicht nötig, die Ellbogenfreiheit einzuschränken. Ich danke für ihre Unterstützung.

Cyrill Stadler, FDP: Es gibt in der städtischen Sicht eine Regelung, wie die Kulturkommission eingebunden werden soll bei Entscheidungen welche Beiträge entrichtet werden. Ich finde eigentlich das Modell sehr gut. Kultur ist etwas sehr schwierig Definierbares. Jeder versteht vielleicht hier etwas mehr und da etwas mehr davon. Die Beiträge, wie sie eine Stadt für kulturelle Darbietungen und kulturelles Leben leisten soll, soll wirklich in einer Kulturkommission auch diskutiert werden. Ich denke das Parlament als solches könnte hier mehr den Rahmen geben, wie viel gesamthaft gesprochen wird. Wie das Kulturkonzept städtisch umgesetzt wird, denke ich, ist hier einfach die falsche Plattform. Auch denke ich, der Stadtrat hat in der Rechnung 2013 auch in diesem Bereich konzeptionell Vorschläge zu machen, die für kulturelles Leben aufgewendet werden, um nachher in Zusammenarbeit mit der Kulturkommission diese Beiträge auch dann zu verteilen.

Ich persönlich fühle mich nicht in der Lage hier darüber zu bestimmen, ob die Sänger Fr. 3'000.--, das Kulturcinema Fr. 8'000.-- oder Fr. 5'000.-- erhalten, denn ich habe keine Unterlagen dazu, wie diese Gesuche formuliert sind, wie diese Gesuche auch begründet wurden. Ohne diese Angaben wäre es in meinen Augen nicht seriös, darüber abzustimmen, ob hier Fr. 3'000.--, dort Fr. 5'000.-- oder Fr. 8'000.-- gesprochen werden. Der Stadtrat hat als Exekutivbehörde diese Unterlagen vorliegen, hat sich Gedanken gemacht und das im Budget vorgelegt.

Roman Buff, CVP/EVP: Unsere Fraktion unterstützt den Antrag Gubser und Zürcher. Übrigens Cyril Stadler, die FGK hätte jede Möglichkeit die Unterlagen einzusehen.

Elisabeth Tobler, SVP: Auch ich unterstütze den Antrag „Kulturcinema“ weiterhin den gleichen Betrag zu sprechen, weil ich selber weiss aus anderen Begebenheiten, wenn man hier kürzt und der Kanton kürzt um das Gleiche, ist das für das Kulturcinemas eine Frage des Überlebens, sehr wahrscheinlich. Deshalb unterstütze ich den Antrag von Claudia Zürcher.

Roland Schöni, SVP: Ich bitte sie, beide Anträge abzulehnen. Beim Beitrag des Kulturcinemas sind wir der Meinung, dass jene, die dieses Angebot benützen, die kommen auch für die Zusatzkosten auf. Das können diese gut aufbringen, zudem folgen wir der Argumentation des Stadtrates. Wir reden ja hier heute um Sparen und wir unterstützen die Beitragssenkung. Ich bitte sie, beide Anträge abzulehnen.

Stadtammann Andreas Balg: Zum ersten Punkt, zum Kulturcinema: Das Angebot des Kulturcinemas erachten wir als sehr attraktiv. Die Stadt schätzt den ausserordentlichen Einsatz aller Beteiligten und dankt ihnen erneut herzlichst. Wir sind auch der Meinung, dass das Programm derart attraktiv ist, dass sich durch eine Verstärkung des Teams im Bereich Vermarktung die allfälligen Finanzierungslücken mit vertretbarem Aufwand schliessen lassen. Wir haben keine Sparmassnahmen beschlossen, auch was die Kulturkommission anbelangt, sondern wir haben lediglich versucht, das Budget ausgeglichen zu halten. Wir sind nicht der Meinung, dass wir weitere Gelder streichen oder kürzen sollten, sondern dass wir das bestehende Budget einhalten.

Claudia Zürcher, FDP: Ich möchte noch etwas zum Vorschlag von Cyrill Stadler sagen. Ich bin nicht gegen einen Vorschlag von Cyrill Stadler und ich kann den auch unterstützen, nur denke ich, das ist für dieses Jahr gelaufen. Für das neue, nächste Budget könnten wir das wirklich einmal ins Auge fassen, dann geht es aber für mich auch darum, dass man den gesamten Betrag bei der Kulturförderung anschaut und, dass diese Kulturkommission wirklich eine Zusammensetzung hat aus verschiedensten Interessenkreisen. So wie Cyrill Stadler gesagt hat, ist es manchmal wirklich schwierig, denn die einen sind für volkstümliche Musik, andere für Jazz, das ist schon ein breites Spektrum. Dann müsste diese Kommission auch alle Gesuche vor sich liegen haben, sie müssten alle Tatsachen kennen, genau das, so denke ich, ist beim Kulturcinema nicht passiert. Ich denke, es sind sich nicht alle bewusst gewesen, streicht man dem Kulturcinema diese Fr. 3'000--, was das alles zur Folge hat. Wenn man das aber alles vor sich hat, überlegt man sich das gut, ob wir jetzt beginnen, die verschiedenen Beiträge gegeneinander auszuspielen, oder das macht, was Roland Schöni gesagt hat. Es ist sicher jeder gewillt, auch einen grösseren Beitrag zu zahlen, wenn er ins Kino geht, dann aber könnten wir wirklich auch mit anderen Beiträgen kommen. Ich denke, auch jeder der Arboner Sänger ist gewillt einen höheren Beitrag zu zahlen, damit er zum Beispiel seinen Dirigenten bezahlen kann oder so. Hören wir da auf, jetzt geht es mir primär um das, was wir jetzt im Budget haben, und das ist in meinen Augen die Kürzung für das Kulturcinema, und da trifft es viel zu hart.

Präsident Remo Bass: Wir kommen zur Abstimmung des Antrags von Claudia Zürcher, FDP.

://: **Dem Antrag von Claudia Zürcher, FDP, Konto 1300.36518, den Betrag um Fr. 3'000-- zu erhöhen, wird mit 19 zu 10 Stimmen zugestimmt.**

Präsident Remo Bass: Wir kommen zur Abstimmung des Antrags von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso.

://: **Der Antrag von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso, Konto 1300.36899, den Betrag um Fr. 5'000-- zu erhöhen, wird mit 15 zu 12 Stimmen abgelehnt.**

1308 Seeparksaal: (ohne Restaurant)

keine Bemerkung

1309 Schloss:

keine Bemerkung

1310 Denkmalpflege und Heimatschutz:

Roland Schöni, SVP: 1310.3660 Beiträge an Kulturobjekte: Hier sind Fr 90'000.-- im Budget. Was beinhaltet diese Position und was löst diese aus? Wir sehen nachher, in der nächsten Position, Entnahme aus Spezialfinanzierung, die gleichen Zahlen. Meine Frage richtet sich dahin, wie wird diese gespiesen, aus welchen Mitteln?

Stadtammann Andreas Balg: Es ist so, dass es sich um Beiträge an Kulturobjekte handelt, für die Sanierung und Restaurierung von denkmalgeschützten Objekten. Das ist ein Pflichtbeitrag, den wir zu leisten haben. Wir folgen da der kantonalen Unterstützung. Das Konto wird gespiesen aus der Spezialfinanzierung, die wiederum aus einem Viertel der Beiträge zur Grundstück-Gewinnsteuer geäufnet wird.

Präsident Remo Bass:

1311 Museum:	keine Bemerkung
1330 Parkanlagen:	keine Bemerkung
1340 Sportanlagen:	keine Bemerkung
1341 Schwimmbad:	keine Bemerkung
1342 Sport:	keine Bemerkung
1343 Bootshafen:	keine Bemerkung
1344 Strandbad:	keine Bemerkung
1350 Camping:	keine Bemerkung
1351 Kinderspielplätze:	keine Bemerkung
1352 Spiel- und Sportplatz Stachen:	keine Bemerkung
1356 Veranstaltungen:	keine Bemerkung

14 Gesundheit:

1410 Kranken- und Pflegeheime:	keine Bemerkung
1440 Ambulante Krankenpflege:	keine Bemerkung
1450 Alkohol- und Drogenmissbrauch:	keine Bemerkung
1459 Übrige Krankheitsbekämpfung:	keine Bemerkung
1470 Lebensmittelkontrolle:	keine Bemerkung

15 Soziale Wohlfahrt

1500 AHV-Zweigstelle:	keine Bemerkung
1520 Krankenversicherung:	keine Bemerkung
1540 Jugendschutz:	

Roland Schöni, SVP: Ich spreche zum Konto 1540.36511, Seite 19, Beitrag Spielgruppe Fr. 9000.--, Beitrag an Mietkosten gemäss Beschluss Stadtrat. Die Institution Spielgruppe Arbon-Frasnacht ist eigentlich eine gute Sache . Die Spielgruppe ermöglicht Kindern ein bis zwei Jahre vor dem Eintritt in den Kindergarten ausserhalb der Familie auf spielerische Art und Weise den sozialen Kontakt mit Gleichaltrigen kennen zu lernen.

Meine Frage richtet sich an den Stadtrat in Bezug auf den Paradigmenwechsel:

Bisher stellte die Primarschulgemeinde an der Seestrasse die Räumlichkeiten zur Verfügung und die Stadt besorgte unentgeltlich die Umgebungsarbeiten. Da die Primarschulgemeinde den Platz an der Seestrasse selber beansprucht, mussten neue Räumlichkeiten gesucht werden. Ich weiss nicht inwieweit die Stadt Arbon in die Suche nach diesen Räumlichkeiten einbezogen wurde. Fakt ist auf jeden Fall, dass die Stadt gemäss dieser Budgetposition neu offensichtlich Fr. 9'000.--Mietkosten bezahlt an ein Mietobjekt Nähe Novaseta an der St. Gallerstrasse. Diese Fr. 9'000.-- sind die Hälfte der gesamten Mietkosten, die andere Hälfte bezahlt die Primarschulgemeinde.

Da stellen sich schon die Fragen:

1. Inwieweit wurde die Stadt Arbon in die Suche einbezogen, gemäss dem Motto: „Wer zahlt befiehlt!“
2. Wenn die Stadt einbezogen war, wurden die leerstehenden städtischen Liegenschaften geprüft, wie etwa das Schloss, das Sonnenblumenhaus etc.?
3. Die Spielgruppe dient vor allem der Schulintegration. Warum ist das Verhältnis bei den Mietkosten 50 zu 50?
4. Wie lange dauert dieser Vertrag oder Beschluss?
5. Kann in Zukunft jeder Verein oder Institution seine Mietkosten bei der Stadt geltend machen?

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: In der Tat haben wir eine neue Leistungsvereinbarung getroffen mit der Spielgruppe Frasnacht – Arbon. Wir haben auch die städtischen, genannten Liegenschaften geprüft. Letztendlich ist jedoch der Verein verantwortlich für seinen ordnungsgemässen Betrieb und da gestehen wir ihm auch eine gewisse Kompetenz zu. Das Sonnenblumenhaus ist nicht geprüft worden, weil es da nicht optimal liegt, vor allem aber Verkaufsgespräche laufen und man weiss auch nicht genau, wie das nutzbar ist und für Anpassungen erfordert hätte und dann zur Verfügung steht. Das Schloss selber wurde wegen des Anfahrtswegs und aus Transportgründen nicht in Betracht gezogen.

Letztendlich hat die Firma Witzig für die 100m² ein vorzügliches Angebot gemacht und die Stadt konnte sich damit einverstanden erklären. Es ist ein Kostenteiler analog der früheren Variante. Dazumal hat die PSG gratis die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, die Stadt Arbon hat die Umgebungsarbeiten gemacht und der Verein kommt jetzt auch neu für die Nebenkosten in der Grössenordnung von Fr. 4'000.-- auf. Der Stadtrat findet das eine vernünftige Lösung, es ist ein Verein, der weitgehend sich selber organisiert und gute Leistungen bringt. Wir haben auch, bevor diese Leistungsvereinbarung neu abgeschlossen wurde, uns in enger Rücksprache von der PSG bestätigen lassen, dass hier ein grosser Beitrag in der vorschulischen Phase geleistet wird.

Roland Schöni, SVP: Das Angebot wird nicht bestritten. Ist es tatsächlich nicht möglich, dass die Stadt Arbon Räumlichkeiten zur Verfügung stellen kann, damit man denen die Mietkosten erlassen könnte. Ich frage, ob hier das letzte Wort gesprochen ist?

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Wir haben alles unternommen und es wirklich geprüft. Letztendlich steht es uns nicht an, „wer zahlt befiehlt“. Es gibt hier Grenzen, in die Autonomie eines eigenständigen, übrigens sehr initiativen Vereins, einfach einzugreifen. Es ist auch eine Vertrauensfrage. Wer hier eine hervorragende Arbeit leistet, gut bis zu einem gewissen Grad kontrolliert man, wir haben mit diskutiert und letztendlich haben wir die Argumente akzeptiert, gesagt, ihr kennt euer Business, wir vertrauen euch, ihr macht nachgewiesenermassen einen guten Job. Damit akzeptieren wir letztendlich die Lösung, die die Firma Witzig mit ihrem Angebot von Fr. 18'000.-- für 100m² geboten hat, und dem haben wir zugestimmt. Das ist jetzt so.

Roland Schöni, SVP: Abschliessend bestreite ich hier, dass man nicht eine andere Lösung finden könnte. Deshalb beantrage ich, den Beitrag der Mietkosten um die Hälfte zu reduzieren und nur Fr. 4'500.-- zu sprechen. Ich weiss, es fällt mir schwer, überhaupt hier bei dieser Position dagegen zu reden. Wir bezahlen hunderttausende Franken für Strassen, in Anlagen, von denen wir Normalbürger, auch wir hier im Parlament, dies akzeptieren müssen, weil wir nicht dahinter sehen. Dann kommt die SVP und diskutiert wegen ein paar tausend Franken für eine Spielgruppe. Trotzdem will ich damit einfach den Sparwillen aufzeigen, den wir ernst nehmen. Genau bei dieser Position beantrage ich, so schwer es mir auch fällt, die Mietkosten um die Hälfte auf Fr. 4'500.-- zu reduzieren. Es wird wieder eine spezielle Firma damit subventioniert, obwohl es genügend Liegenschaften in der Gemeinde hätte. Dies meine Aussage. Daher nochmals mein Antrag: Reduktion auf Fr. 4'500.--, danke um Zustimmung.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich möchte sie bitten, diesen Antrag von Roland Schöni abzulehnen. Roland, du hast dich mit der Sache befasst, du hast genau gewusst, wie da die Umstände sind, hast jetzt aber keinen Vorschlag machen können in welcher Liegenschaft der Stadt die Spielgruppe untergebracht werden könnte. Also ist es offenbar auch dir nicht gelungen, eine Alternative zu finden. In dem Fall vertraue ich eigentlich diesem Verein, dass er eine gute Lösung getroffen hat. Von Subvention der Firma Witzig kann man da wahrscheinlich nicht sprechen. Ich gebe dir recht, die Spielgruppe ist eine sehr sinnvolle Institution, sie ist eine hervorragende Institution für die Integration auch der kleinsten Kinder, wenn sie dort die deutsche Sprache erlernen, wenn sie eine andere Muttersprache haben, dann ersparen sie grössere Folgekosten nachher in der Schule. Von daher ist es auch richtig, dass die Schulgemeinde einen Teil der Kosten übernimmt, aber die politische Gemeinde kann sich dabei bei dieser Sache darum nicht foutieren.

Riquet Heller, FDP: Das einzige Haar, das ich hier in der Suppe finde, ist die Tatsache, dass sich nur die Primarschulgemeinde beteiligt. Wir haben unglücklicherweise auf dem Gebiet unserer Stadt vier Schulgemeinden, davon drei Primarschulgemeinden. Sogar im Titel der Spielgruppe erscheint der Name einer Gemeinde. Frasnacht, Stachen ist auch eine, das sind alles Körperschaften, die wohl beschenkt worden sind von ihrer alten Ortsgemeinde und deshalb recht gut dastehen. Gleichwohl sind sie in der Lage, ihre Verpflichtungen bei Spielgruppen und dergleichen nicht wahrzunehmen, senkt im Gegenzug die Steuern. Das ist das einzige Haar in der Suppe, weshalb sich die beiden Primarschulen auf unserem Stadtgebiet nicht beteiligen. Ansonsten stimme ich bei, dass der Antrag Schöni abzulehnen ist. Die Stadt Arbon hat keine Alternativen räumlicher Art und die Alternative ist eine gute Sache. Demzufolge ist im Hinblick auf die nächste Budgetdebatte vielleicht dafür zu

sorgen, dass da alle Partner eingebunden werden, insbesondere auch diese privilegierten Vorortsschulgemeinden.

Hanspeter Belloni, SVP: Noch ein zweites Haar, Riquet Heller: Wenn man ressortübergreifend diskutiert hätte, was ja nicht unsere Aufgabe ist, hätte man vielleicht festgestellt, dass man Probleme hat mit der Vermietung im Schloss Arbon, wie uns auch in der FGK entsprechend vermittelt wurde. Ich denke es hätte Möglichkeiten gegeben, aber wie gesagt, man müsst dies vielleicht einmal ressortübergreifend diskutieren.

Stadtammann Andreas Balg: Wir haben dieses Thema ausführlich diskutiert und haben alle Möglichkeiten geprüft. Es war auch nicht einfach im Stadtrat, aber letztendlich war es klar, dass das die beste Lösung ist mit der richtigen Unterstützung.

Präsident Remo Bass: Wir kommen zur Abstimmung.

II. Der Antrag von Roland Schöni, Konto Nr. 1540.36511, den Betrag um die Hälfte auf Fr. 4'500.— zu reduzieren, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Hanspeter Belloni, SVP: Konto 1540.36517 Aufzahlungen Tageselternverein OTG eine Anmerkung. Gemäss Budget verdreifachen wir im Prinzip diese Aufzahlung. In der FGK wurde uns gesagt, dass früher der Tageselternverein ehrenamtlich geführt wurde. Inzwischen wird die Rechnungsführung und Vermittlung professionalisiert.

Meine Erläuterungen: Die SVP-Fraktion findet es grundsätzlich gut, dass es diese Institution gibt und man diese Institution auch unterstützt. Allerdings habe ich in Arbon keine entsprechende Vertretung gefunden, die Adresse lautet nämlich Tageselternverein Mittel- und Oberthurgau, Geschäftsstelle Fabrikstrasse 1 in Erlen. Das Kinderhaus Arbon bietet ebenfalls eine familienergänzende Betreuung im Team und vor Ort. Sicher ist es nicht das gleiche zu Hause oder in einer Institution, allerdings sind die Kids im Kinderhaus in einem Team und lernen sich anpassen, was auch viel heisst. Die Betreuung im Kinderhaus erfolgt durch ausgebildete Kleinkindererzieherinnen. Ausserdem können wir uns vorstellen, dass durch diesen Angebotsausbau vom Kinderhaus Arbon Kosten eingespart werden könnten, ohne dass die Qualität darunter leiden muss. Im Gegenteil, es können damit bestimmt gewisse Doppelspurigkeiten verhindert werden.

Deshalb meine Frage an den Stadtrat: Ist es möglich, den Angebotsausbau für das Kinderhaus Arbon zu überprüfen, um die Positionen vom Konto 1540.36517, aber auch 1540.36519 auf das Kinderhaus Arbon zu übertragen?

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Sie sagen es selbst, es ist nicht dasselbe. Kinderhaus und Tageselternverein decken eine andere Bedarfsstruktur ab. Sie sind auch anders organisiert. Wir haben dieses Gespräch bereits geführt und haben das auch durchgeprüft. Es ist so, dass die Organisation der Tageselternvereine ein gewisses Auffangbecken ist, gewisse Fluktuationen auch übernehmen kann und uns Flexibilität gibt im Angebot aus der Kinderhausstätte. Wir sind aber zum Schluss gekommen, dass eigentlich der Koordinationsaufwand, auch weil es andere Überwachungsorganisationen, andere Verantwortlichkeiten sind, der Aufwand weitgehend das übersteigen würde, was man da erreichen könnte. Der Tageselternverein hat sich jetzt, wie sie selbst erkannt haben, professionalisiert, das begründet auch gewisse Mehrkosten, und er funktioniert wunderbar. Man muss nicht immer alles zusammenwerfen, weil letztendlich der Aufwand, wie erwähnt, grösser ist als der erkennbare Nutzen.

Hanspeter Belloni, SVP: Gewisse Mehrkosten kann ich verstehen, aber gegenüber der Rechnung 2012 hat sich dieser Betrag verdreifacht. Entsprechend stelle ich den Antrag, um Fr. 5000.-- auf Fr. 15'000.-- zu reduzieren.

Präsident Remo Bass: Sind keine weiteren Wortmeldungen, kommen wir zur Abstimmung.

://: Der Antrag von Hanspeter Belloni, SVP auf Reduktion von Fr. 5'000.-- auf Fr. 15'000.--, Konto 1540.36517, wird mit 20 zu 8 Stimmen abgelehnt.

1542 Kinder- und Jugendarbeit:

Heinz Gygax, SVP: 1542.3090 Übrige Personalkosten: In der Rechnung 2012 wurden bei dieser Position Fr. 652.40 ausgegeben. Wozu wurde das Geld verwendet? Wozu wird im Voranschlag 2014 der hohe Betrag von Fr. 5'000.-- budgetiert?

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Den rückwertigen Diensten sei Dank, sehe ich mich in der Lage, die Frage zu beantworten. Hier handelt es sich um Weiterbildungskosten.

Präsident Remo Bass:

1550 Invalidität:	keine Bemerkung
1560 Sozialer Wohnungsbau:	keine Bemerkung
1570 Alterssiedlung:	keine Bemerkung
1580 Altersfürsorge:	keine Bemerkung
1581 Öffentliche Sozialhilfe:	

Lukas Graf, Präsident FGK: Ich habe zu 1581 gleich zwei Anträge seitens der FGK: 1581.3180 Dienstleistungen Dritter. Die FGK beantragt ihnen, den Betrag um Fr. 25'000.-- zu kürzen. Dieser Anteil ist laut Stadtrat für eine Kommunikations-Kampagne der Abteilung Soziales budgetiert. Die Kampagne soll die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Sozialamtes informieren und damit das Verständnis für die Notwendigkeit und den Wert dieser Arbeit fördern. Die FGK ist der Ansicht, dass für eine Kampagne kein dringender Bedarf besteht. (Betriebsanalyse?)

Der zweite Antrag ist zu 1581.4510 Lastenausgleich Finanzausgleich: Wie der Stadtrat im Voranschlag auf Seite 7 schreibt, sind die Sozialhilfekosten im Bemessungszeitraum in Arbon stärker angestiegen als im Kantonsdurchschnitt. Insbesondere im aktuellen Jahr sind die Kosten geradezu explodiert. Der budgetierte Betrag von Fr. 750'000.-- ist tiefer als die Auszahlungen in den letzten beiden Jahren. Die FGK geht deshalb davon aus, dass eine Einteilung in die nächsthöhere Indexstufe erfolgt und stellt den Antrag, den Betrag um Fr. 150'000.-- zu erhöhen.

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Dann darf ich kurz diese beiden Positionen nochmals kurz kommentieren. Es wurde im Eintreten überzeugend Transparenz gefordert. Im Zuge des gesellschaftlichen Wandels und aktuell einer damit hergehenden Revision auf Stufe der Sozialversicherungs-Gesetzgeber steigt der proportionale Anteil der Sozialkosten am Budget, wie auch in der Jahresrechnung unserer Gemeinde. Was diese Zahlen aber nur zeigen, ist der Aufwand, der unvermeidlich und fast zu 100 Prozent exogen bestimmt und in der Rechnung verbleibt.

Im Gegensatz zu anderen Ressorts und Bereichen, wie zum Beispiel dem Strassenbau, oder dem Unterhalt unserer Parkanlagen und Sportstätten oder anderen Institutionen ist es ungleich schwieriger, aufzuzeigen, welche Kosten durch enge Fallführung vermieden werden, wie vielen Kindern, Jugendlichen aus belasteten Familienverhältnissen dann ein lebenstüchtiger Weg aufgezeigt werden kann, und wie vielen Menschen wieder eine Tagesstruktur verschafft, ihnen damit wieder Würde verschafft, und die Gesellschaft vor Kollateralschäden verschont wird. Unsicherheit und Intransparenz führen aber zu Missmut und sind dem Wohlbefinden in einer Gemeinde abträglich. Der Stadtrat trägt sich daher mit dem Gedanken, mit sachlicher Information für mehr Transparenz im Sinne einer offenen Rechenschaftslegung zu sorgen. Bei der zur Diskussion stehenden Position handelt es sich um eine eventuale Position. Der Stadtrat wird zu gegebenem Zeitpunkt sehr wohl Rechenschaft bezüglich des angestrebten Nutzens für unsere Einwohnerschaft und deren Steuerzahler ablegen. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, diese Position im Budget so zu belassen.

Zur Position 1581.4510 Lastenausgleich Finanzausgleichsgesetz: Im Budget ist die gedankliche Vorwegnahme einer möglichen künftigen Entwicklung. Der Lastenausgleich ist für die Stadt Arbon völlig unbeeinflussbar. Er orientiert sich am Verhältnis der Sozialkosten unter den verschiedenen Gemeinden. Der Stadtrat geht in seiner Beurteilung nicht von einem übermässigen, strukturellen Anstieg der Kosten innerhalb unserer Gemeinde aus. Veränderungen, wie sie seit Mitte 2012 vermerkt sind, sind vor allem auf Einflüsse auf nationaler Ebene (die Revision, der Sozialversicherungs-Gesetzgebung) zurückzuführen, sowie eine zunehmende Erschwernis bei den

Wiedereingliederungsmassnahmen.

Diese Einflüsse dürften jedoch alle Gemeinden treffen, womit eine Verschiebung des für den Lastenausgleich bestimmten Quotienten nicht zu erwarten ist. Sollten sie in ihrer Analyse des zur Verfügung stehenden Datenmaterials und der sozialpolitischen Lage zu einem optimistischeren Ergebnis kommen, so wird dies der Stadtrat entgegennehmen. Der Stadtrat beantragt ihnen jedoch, seinem kaufmännischen Grundsatz der vorsichtigen Budgetierung zu folgen und den budgetierten Betrag in der Höhe von Fr. 750'000.-- zu belassen.

Präsident Remo Bass: Wir kommen zur Abstimmung.

- ://: **Der Antrag der FGK, das Konto 1581.3180 um den Betrag von Fr. 25'000.-- zu reduzieren, wird grossmehrheitlich angenommen.**
- ://: **Der Antrag der FGK das Konto 1581.4510 um den Betrag von Fr. 150'000.-- zu erhöhen, wird grossmehrheitlich zugestimmt.**

1582 Arbeitsamt:

keine Bemerkung

1583 Integration von Ausländern:

keine Bemerkung

1589 Übrige Sozialhilfe:

Roland Schöni, SVP: Konto 1589.3655 Beiträge an Sozialfirma. Diese Position ist im Voranschlag mit 1'250'000 Mio. Franken beziffert. Im Jahr 2013 waren es noch 1'200'000 Mio. Franken und in der Rechnung 2012 waren es 1'166'738 Mio. Franken. Begründet wird diese Zahl von 1'250'000 Mio. Franken durch tendenziell steigende Fallzahlen. Tendenziell heisst bei mir mutmasslich, man geht von einer unbekannten Anzahl mutmasslicher, ansteigender Personen aus. Ich stelle den Antrag, diese Position zu belassen auf Stand 2013, somit 1'200'000 Mio. Franken und diese Fr. 50'000.-- nicht zu sprechen. Sollte es wirklich nötig sein, dann könnte man das später wieder ausweisen. Gerade die SVP hat ja immer wieder begrüsst, dass ein Beschäftigungsprogramm für Arbeitslose geschaffen werden soll, und das auch unterstützt, was dann auch im Dock seinen Niederschlag gefunden hat. Nur, jetzt ist tendenziell festzustellen, beziehungsweise es ist eine Tatsache, dass diese immer teurer wird. Dann haben wir nächstes Jahr 1'300'000 Mio. Franken und so wird es weitergehen. Irgendwie müssen diese nicht nur andocken, sondern auch wieder einmal auslaufen. Es sieht so aus, diese Firma, sie muss ja Gewinn abwerfen, das ist begreiflich, aber ist es doch so, dass Leute zum Beispiel zu lange im Dock verweilen und man sie gar nicht mit grossem Interesse ziehen lässt, das ist ein bisschen die Befürchtung. Diese Zahl beruht auf Mutmassungen und ich stelle hier den Antrag, diese Position um Fr. 50'000.-- zu reduzieren.

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Ich sehe da steht Informationsbedarf und möchte sie dazu einmal gerne einladen, denn ich glaube, hier ist Informations-Nachholbedarf über das Funktionieren, das Wesen der Firma Dock dringend notwendig. Ich stelle mich da sehr gerne zur Verfügung damit wir die Diskussion auf eine sachliche Ebene bringen können. Ich sehe ja auch, dass analog der Diskussion über den Lastenausgleich. Natürlich, sie können das sehr gerne tun, der Stadtrat nimmt das auch entgegen, sie können jetzt entscheiden, auf 1.2 Mio. Franken zu reduzieren. Bei beiden Fällen sind es jedoch fremdbestimmte Kostenfaktoren. Es ist eine Einschätzung der künftigen Entwicklung und warum macht der Stadtrat eine Erhöhung? Weil er die Situation so einschätzt. Völlig richtig, sagen auch sie: wir wissen es noch nicht. Das ist das Wesen eines Budgets und wir gehen davon aus, das ist jetzt eine Konsequenz unserer Einschätzung über die Entwicklung der Revisionen, auf Ebene der ALV und auf Ebene der IV. Wir haben in der Tat steigende Fallzahlen und das äussert sich nun auch darin, dass wir mehr Menschen haben, denen wir wieder einen Einstieg, eine Tagesstruktur versuchen zu geben versuchen, und dazu verfügen wir im Moment über ein zentrales Instrument, das Dock, das wir jetzt zurzeit noch am Ausbauen sind und seit Neuestem auch eine temporäre Vermittlung anbieten können. Das ist das Wesentliche. Die Zahl wird am Schluss gleich wie beim so Finanzausgleich sein, wie sie dann halt so sein wird. Nicht wir bestimmen, wer da hingeht, sondern es ist der einzelne Fall, der hier entscheidet und da sind die kurzfristigen Interventions-möglichkeiten sehr eingeschränkt. Wir nehmen zur Kenntnis, was sie entscheiden, welcher Betrag hier im Budget eingesetzt wird.

Präsident Remo Bass: Wir kommen zur Abstimmung.

//: **Der Antrag von Roland Schöni, SVP das Konto 1589.3655 auf Reduzierung von Fr. 50'000.--, Stand Jahr 2013, wird mit 19 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.**

1591 Hilfsaktionen im Ausland: keine Bemerkung

16 Verkehr

1610 Staatsstrassen: keine Bemerkung

1620 Gemeindestrasse:

Riquet Heller, FDP: Sie wissen, dass ich mit meinem Sohn ein Initiator war für ein Tempo 30 im Quartier Bergliost. Frage an den Stadtrat: Wo sind die entsprechenden Kosten für die entsprechenden Massnahmen, die zu ergreifen, sind damit dieses Projekt vorangeht? Es jährt sich bald.

Stadtrat Reto Stäheli: Wir sind im gelben Teil der Rechnung und die Tempo 30-Zonen, die grossen Projekte, Planung- und Baukosten, sind im Investitionskonto 1621 enthalten. Zum Teil haben wir auch Tempo 30-Zonen im Konto 1620. 31451 für kleinere Abklärungen. Das Anliegen aber ist aufgenommen.

Riquet Heller, FDP: Wenn ich replizieren darf, mit anderen Worten, sie aktivieren diese Gutachtungskosten als abschreibungswürdig?

Stadtrat Reto Stäheli: Die baulichen Teile schon und wenn es gröbere Abklärungen gibt, müssen wir eine Studie, ein Konzept machen und das wird dann abgeschrieben. Ich glaube die Tempo 30-Zone, Bergli wird relativ gross ausfallen, da es nicht nur eine einzelne Strasse ist.

Andreas Grubelnik, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich möchte an dieser Stelle keinen Antrag stellen, sondern dem Stadtrat eine Frage stellen. Hat er sich schon überlegt, auch die Ausgaben für den Winterdienst hinlänglich eines gewissen Sparpotentials zu überprüfen. Wäre es nicht im Sinne der Stadtkasse als auch im Sinne der Umwelt, dass nicht bei jedem leichten Schneefall gleich alle Strassen in Arbon bis zum letzten Winkel schnee- und eisfrei geräumt werden. Natürlich muss die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer gewährleistet sein, aber hier ist es auch angebracht, ein wenig an die Eigenverantwortung unserer Bürgerinnen und Bürger zu appellieren. Die Geschwindigkeit sollte den Strassenverhältnissen angepasst werden und nicht die Strassenverhältnisse der gewünschten Geschwindigkeit einiger Verkehrsteilnehmer. Gossau hat dieser Massnahme zugestimmt und erwartet Ausgabenkürzungen von bis zu Fr. 150'000.-- pro Jahr. Konkret will sie den Taumitteleinsatz dadurch reduzieren, dass nur noch die Hauptachsen gesalzen werden. Einsparungen bringen soll auch ein Einsatz der Räumungsequipen erst ab 7:00 Uhr morgens. Dies erspart einen teuren Pikettdienst, erlaubt es aber trotzdem, die Strasse und Trottoirs geräumt zu haben, bis auch unsere älteren Mitbewohner, die bekanntlich bei Glatteis am meisten gefährdet sind, sich aus dem Hause begeben.

Stadtrat Reto Stäheli: Ich gehe davon aus, dass es eine Bemerkung ist und kein Sparantrag? Ich kann ihnen zusichern, dass wir sehr kostenbewusst das machen und dort streuen, wo wir wirklich müssen.

1621. Parkierungsanlagen / Blaue Zonen:

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1621.3160 Entschädigung Parkplätze Rosengarten. Die FGK stellt den Antrag, den Budgetposten von Fr. 21'600.-- zu streichen und dafür das Konto „1621.4800 Entrahme aus Spezialfinanzierung“ mit demselben Betrag im Haben zu bilden. Die Kommission ist der Meinung dass die Entschädigung für die Rosengarten-Parkplätze, für die ein Vertrag bis Ende 2015 besteht, der Spezialfinanzierung für Parkplatzbewirtschaftung entnommen werden kann.

1622 Parkplatzbewirtschaftung: keine Bemerkung

1650 Öffentlicher Verkehr: keine Bemerkung

1651 Übriger Verkehr: keine Bemerkung

17 Umwelt und Raumordnung

1711 Abwasserbeseitigung: keine Bemerkung

1716 Betriebliche Kläranlage: keine Bemerkung

1720 Abfallbeseitigung: keine Bemerkung

1740 Friedhof und Bestattung:	keine Bemerkung
1750 Gewässerverbauungen:	keine Bemerkung
1770 Naturschutz:	keine Bemerkung
1780 Öffentliche WC-Anlagen:	keine Bemerkung
1781 Fachstelle Umweltschutz:	keine Bemerkung
1782 Altlastensanierungen:	keine Bemerkung
1789 Übriger Umweltschutz:	keine Bemerkung
1790 Raumordnung:	keine Bemerkung

18 Volkswirtschaft

1803 Tierseuchenbekämpfung:	keine Bemerkung
1804 Gemeindestelle Landwirtschaft:	keine Bemerkung
1820 Jagd und Fischerei:	keine Bemerkung
1830 Tourismus:	keine Bemerkung
1831 Slow UP:	keine Bemerkung
1840 Industrie, Gewerbe, Handel:	

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: 1840.3186 Corporate Design. In Sachen Corporate Design besteht nach Ansicht der FGK kein dringender Handlungsbedarf. Ein Grossteil der aufgelisteten Aufgaben kann auch mit internen Kapazitäten und mit geringerem Budget umgesetzt werden. Die FGK stellt daher den Antrag, den Betrag um Fr. 20'000.-- zu kürzen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Sie haben es gehört, der Stadtrat beantragt unter diesem Titel Fr. 30'000.--, die FGK beantragt eine Kürzung um Fr. 20'000.--. Die SVP beantragt ihnen den ganzen Betrag, somit Fr. 30'000.-- zu streichen.

Begründung: Wir haben es gehört, Corporate Design, da sieht die FGK keinen Handlungsbedarf, zu Recht. Der übrige Teil der Aufgabe, die Abgleichung der E-Mails, Signatur, typografische Detailfragen, das Auftreten am Telefon und so weiter, das sind Fragen, die wirklich intern erledigt werden können, ohne Mehrkosten. Richtig ist freilich, dass Auftreten und das Erscheinungsbild der Stadt Arbon professionalisiert werden könnten. Dann soll man bitte nicht bei den Details beginnen. Nötig wäre dann zuerst einmal ein neues zeitgemäßes Kommunikationskonzept. Doch wenn man hier einmal tätig wird, reichen auch Fr. 30'000.-- nicht mehr aus, bei weitem nicht. Deshalb jetzt im Budget die ganzen Fr. 30'000.-- streichen und gleichzeitig im Stadtrat eine Grundsatz-Diskussion führen zu einem neuen Kommunikationskonzept und Aufzeigen der konzeptionellen, organisatorischen und finanziellen Folgen. Der Stadtrat soll uns bitte sagen, was ihm eine solche Gesamtübung wert wäre. Wenn diese Angaben gründlich erarbeitet vorliegen, kann auf 2015 immer noch ein neuer Kredit beantragt werden. Jetzt aber, die FGK hat völlig recht, besteht kein dringender Handlungsbedarf und jetzt können und wollen wir uns weitere teure Planspiele nicht leisten. Deshalb bitten wir um Unterstützung dieses Antrags.

Stadtammann Andreas Balg: Es ist mir ein dringendes Anliegen zu klären, um was es hier geht. Corporate Design definiert kein neues Logo, eine aufwendige Geschichte und ich könnte mir vorstellen, dass wir zur Vereinfachung der internen Kommunikation, auch zur sauberen Basisdarlegung, der Vorgehensweise, der Art und Weise, wie wir auftreten, dass es ein dringendes Anliegen ist, mindestens diese Fr. 10'000.--, wie von der FGK vorgeschlagen, im Budget zu lassen.

Präsident Remo Bass: Wir kommen zur Abstimmung.

- ://: Der Antrag von Andrea Vonlanthen, SVP, Konto 1840.3186, den Betrag von Fr. 30'000.-- zu streichen, wird mit 18 zu 12 Stimmen abgelehnt.
- ://: Dem Antrag der FGK, Konto 1840.3186, den Betrag um Fr. 20'000.-- zu kürzen, wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Konto 1840.3181 Standortmarketing. Vor genau einem Jahr habe ich den Antrag gestellt, diesen Posten zu erhöhen, um bei den Ortseinfahrten eine Leuchtschrift zu installieren. Damals hat Gemeindeammann Andras Balg gesagt; ich kann ihnen versprechen, dass wir eine Konzeption ausarbeiten werden und ich werde mich freuen, wenn wir diese, wenn sie vielleicht auch etwas teurer wird, in einzelnen Schritten realisieren könnten, und einen ersten Schritt 2013 oder allenfalls 2014 machen könnten. Ich habe bis jetzt noch nichts von dieser Konzeption gehört, ich habe noch nichts von einem Schritt gesehen und jetzt ist im Standortmarketing der Budgetbetrag gegenüber dem letzten Jahr um Fr. 10'000.-- reduziert worden. Darf ich um eine Erklärung bitten.

Stadtammann Andreas Balg: Du hast recht, wir haben hier noch nichts eingestellt. Das Konzept, der Start oder die Arbeit hat begonnen. Es ist aber noch nicht fertig gestellt und das liegt insbesondere daran, dass es von der Einstufung der Prioritäten nicht zu den ersten Prioritäten gehört.

Präsident Remo Bass:

1860 Durchleitungsrechte:	keine Bemerkung
---------------------------	-----------------

9 Finanzen und Steuern

1900 Gemeindesteuern:	keine Bemerkung
1921 Finanzaugleich vom Kanton:	keine Bemerkung
1931 Gemeindeanteil an Kant. Steuern:	keine Bemerkung
1933 Gemeindeanteil an Kant. Gebühren:	keine Bemerkung
1940 Zinsen und Emissionskosten:	keine Bemerkung
1941 Restaurant Seeparksaal:	keine Bemerkung
1943 Rebenstrasse 33 (Sonnenblumenhaus):	keine Bemerkung

Elisabeth Tobler, SVP: Konto 1943.4230 Mietzinsen Wohnhaus, Fr. 0, voraussichtlich kein Mietvertrag. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass eine Spielgruppe im Bereich der früheren Fotogalerie, welche unten wäre, leicht hätte eingemietet werden können.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Vor etwa drei Monaten hat uns der Stadtammann gesagt, dass Verkaufsverhandlungen durchgeführt werden und wir haben es heute Abend wieder gehört. Ich möchte nun fragen, wann eine entsprechende Botschaft an das Parlament zu erwarten ist.

Stadtammann Andreas Balg: Wir sind aktuell dabei, die letzten Abklärungen zu treffen für die Konditionen, damit wir eine gute Vorlage für das Parlament zusammenstellen können. Ich gehe davon aus, dass dies in der ersten Hälfte des Jahres im Parlament sein wird.

Präsident Remo Bass:

1944 Schädlerliegenschaft:	keine Bemerkung
1945 Div. Liegenschaften des Finanzvermögens:	keine Bemerkung
1946 Rathausgasse 1 – 3:	keine Bemerkung
1948 Feilenstrasse 1, Stachen:	keine Bemerkung
1949 Schulstrasse 2, Frasnacht:	keine Bemerkung
1950 Restaurant Strandbad:	keine Bemerkung
1951 Rondelle:	keine Bemerkung
1952 Hamel-Areal:	keine Bemerkung
1971 Rückverteilungen:	keine Bemerkung
1995 Ausserordentliche Aufwendungen + Erträge:	keine Bemerkung

Damit haben wir die Detailberatung der Laufenden Rechnung beendet. Den Finanzplan haben wir lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Damit kommen wir zur Beratung der Investitionsrechnung, die auf den rosa Seiten 3 bis 8 des Investitionsplans 2014-2017 ersichtlich ist:

<u>Finanzplan</u>	keine Bemerkung
-------------------	-----------------

<u>1000 Allgemeine Verwaltung</u>	keine Bemerkung
<u>1100 Öffentliche Sicherheit</u>	keine Bemerkung
<u>1300 Kultur und Freizeit</u>	
Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften Juso: Konto 1344 7 503 Betonsanierung Garderobengebäude. Ich sehe, dass im Jahr 2013 schon Fr. 100'000.-- enthalten stehen und neu nochmals Fr. 80'000.--. Was soll an dem Garderobegebäude saniert werden, und ist bei dieser Sanierung auch, wie das vor Jahren geschehen ist, die Denkmalpflege miteinbezogen worden?	
Stadtrat Reto Stäheli: Hier geht es um die Decke von innen. Wir müssen dort die Stellen, die vom Rost abgeplatzt sind, erneuern. Die Denkmalpflege ist dabei. Sie sind im Moment am Diskutieren, wie die Farbgestaltung gemacht wird. Die Denkmalpflege ist sehr eng dabei.	
Hanspeter Belloni, SVP: Konto 1351 3 503 Diverse Spielplätze und unter was steht Spielplätze und diverse Bauvorhaben?	
Die Rückfrage von der FGK hat ergeben, dass mit den Fr. 170'000.-- unter anderem für Fr. 120'000.-- der Spielplatz bei der Schule Frasnacht von der Schulgemeinde Frasnacht gekauft werden soll.	
Meine Bemerkungen, bzw. meine Fragen: Frasnacht wartet nun schon seit 13 Jahren auf einen eigenen Spielplatz. Ich möchte vom Stadtrat wissen, warum er gerade jetzt diesen Spielplatz kaufen will. Will nicht auch der Stadtrat Notwendiges von Wünschbarem trennen? Was kostet uns der Unterhalt in Zukunft? Für welche Kinder soll dieser Spielplatz denn sein? Die neue Überbauung unterhalb des Corporate Center der AFG muss bestimmt einen eigenen Spielplatz bauen.	
Stadtammann Andreas Balg: Der Spielplatz wurde intensiv auch im Stadtrat kontrovers diskutiert. Letztendlich haben wir uns dafür entschieden, weil insbesondere im Einzugsgebiet des Spielplatzes neue Wohnungen entstehen, die ganz gezielt diese Zielgruppe dann auch mit dem Spielplatz verbinden. Die Unterhaltskosten belaufen sich auf Fr. 5'000.-- und Fr. 10'000.--. Die letzte Frage, wie war die noch gleich?	
Hanspeter Belloni SVP: Für welche Kinder und die Überbauung beim Corporate Center, diese werden einen eigenen Spielplatz bauen müssen auf Grund der Grösse. Wo denn sonst wird noch gebaut in Frasnacht?	
Stadtammann Andreas Balg: Hier sprechen wir insbesondere von der Überbauung Winzelwies. Frasnacht hat zurzeit keinen eigenen Spielplatz, das sind die Beweggründe für den Stadtrat.	
Hanspeter Belloni, SVP: Befriedigt mich nicht, entsprechend stelle ich den <u>Antrag</u> um Reduktion von Fr. 120'000.-- bzw. Streichung für den Kauf vom Spielplatz Frasnacht.	
Claudia Zürcher, FDP: Ich <u>beantrage</u> auch bei den Spielplätzen, bei den Investitionen Fr. 170'000.-- um Fr. 120'000.-- auf Fr. 50'000.-- zu reduzieren. Dazu meine Überlegungen: Auf dem Platz Arbon haben wir drei Primarschulgemeinden: Arbon, Frasnacht und Stachen. Die Primarschule Arbon hat zwei Schulareale, welche mit je einem Spielplatz bestückt sind. Bis anhin hat sie für diese, weder einen Beitrag an Investitionen noch Unterhalt erhalten. Auch die Primarschule Stachen unterhält einen eigenen Spielplatz auf ihrem Areal. Alle diese Spielplätze werden von Kindern der Umgebung von der Öffentlichkeit rege genutzt und dienen nicht nur dem Schulbetrieb. Angesichts der finanziellen Situation der verschiedenen Primarschulgemeinden und der angespannten finanziellen Situation der Stadt ist es für mich fraglich, ob es hier wirklich angebracht ist diese Investitionen auf dem Areal der Primarschule Frasnacht zu tätigen. Es ist so, dass Frasnacht wohl den Boden zur Verfügung stellt, jedoch mit der Auflage, dass bei Bedarf dieser der Primarschulgemeinde wieder zur Verfügung steht, sprich abgetreten werden müsse. Also kaufen wir hier keinen Spielplatz. Gleichzeitig ist auch die Höhe von Fr. 120'000.-- ein stattlicher Betrag, hat doch der Spielplatz am See (ausgenommen der Rutschbahn) rund Fr. 135'000.--, meines Wissens, gekostet. Davon sind noch Fr. 26'000.-- vom Club der jungen Mütter gesammelt worden. Sollten sich die Bedingungen ändern, kann die Investition allenfalls neu aufgeleist werden	

Ekin Yilmaz, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich bitte sie, diesem Streichungsantrag nicht zuzustimmen, denn der geplante Spielplatz in Frasnacht ist kein Luxus, sondern ein Bedürfnis. Im Gegensatz zu Stachen und zu Arbon hat Frasnacht weder einen Sport- noch einen Spielplatz. Wie mir Konrad Brühwiler sagte, haben einige junge Eltern mit der Schulvorsteherchaft bereits eine Arbeits- und Projektgruppe gegründet, damit in Frasnacht ein sinnvoller Spielplatz entsteht. Er hat mir auch gesagt, dass es sich um einen bescheidenen, aber zweckmässigen Spielplatz handelt. Um der ungerechten Verteilung der Spielplätze innerhalb unserer Stadt entgegenzuwirken, bitte ich sie, den Streichungsantrag abzulehnen. Ich weiss, wir müssen sparen, aber meiner Meinung nach kann es nicht sein, dass wir ausgerechnet bei denen sparen, die sich nicht wehren können.

Kaspar Hug, CVP/EVP: Auch ich empfehle ihnen, dem Streichungsantrag nicht zuzustimmen. Warum? Das Argument der Schule zählt für mich nicht. In Arbon haben wir auch Schulgemeinden, in Stachen auch und trotzdem unterhält die Stadt Arbon in Arbon und in Stachen Spielplätze. In Frasnacht hat aber Arbon keinen Franken investiert bei der Eingemeindung. Ich meine nun, man kann nicht nur von einem Stadtteil Steuern einkassieren, sondern man muss auch einmal einen Schritt entgegenkommen. Ich glaube, die Kinder in Frasnacht sind genauso viel wert wie die Kinder in Arbon und Stachen. Ich glaube auch, diese Fr. 120'000.--, die machen den Braten nicht mehr feiss, besonders ist er ja im Investitionsbudget und hat keinen Einfluss auf die Laufende Rechnung. Für mich gibt es nicht nur einen Spargrund, sondern für mich gibt es auch noch einen Fairnessgrund und einen politischen Grund und irgendwann können wir auch einen Schritt den Bewohnern von Frasnacht entgegen kommen.

Riquet Heller, FDP: Ich bitte sie, den Antrag Zürcher zu unterstützen und die Investition von Fr. 120'000.-- zu streichen. Vorerst sei festgehalten, dass es auch in Frasnacht einen Sportplatz gibt, nämlich einen recht grossen bei der Schulanlage, der öffentlich benutzbar ist, auch abends. Sodann halte ich zu Handen meines Kollegen Belloni fest, dass selbstverständlich die Gemeinde Frasnacht uns kein Eigentum abgibt, sondern ihr Eigentum bestückt haben will mit einer Verbesserung des bestehenden, grossen Spielplatzes. Wer von Frasnacht hoch nach Steineloh wandert, sieht auf der linken Seite, nach den Schulanlagen dort in der Ecke, einen recht grossen, mehrere 100m² grossen Spielplatz, der bereits mit Spielgeräten bestückt ist. Sodann besteht eine Grundregel, wonach auf fremdem Eigentum Spielplätze von der entsprechenden Gemeinde bezahlt werden sollten. Ich stelle fest, dass diese Gemeinde Frasnacht gerade daran ist, ihre Steuern zu senken. Demzufolge bitte ich sie, den Antrag Zürcher zu unterstützen und nur dann Fr. 120'000.-- für einen Spielplatz zu bewilligen, wenn uns die Schulgemeinde Frasnacht dies als Eigentum abgäbe, dann wäre darüber zu diskutieren. Dies ist aber offensichtlich nicht der Fall, deshalb bitte ich sie, diese Fr. 120'000.-- nicht in fremdes Eigentum zu stecken.

Stadtrat Reto Stäheli: Ich muss da einiges richtig stellen. Wir kaufen keinen Spielplatz. Die Fr. 120'000.-- sind die Investition für neue Geräte und Anpassungen in die Sicherheit auf dem Spielplatz. Zweitens hat die Schulgemeinde Frasnacht eine ausserordentliche Versammlung durchgeführt, wo sie diese Frage bezüglich Abtretung des Bodens an die Stadt Arbon gestellt hat, dass der Boden zweckgebunden an die Stadt überschrieben wird. Die Schulgemeinde Frasnacht will ein Vorkaufsrecht, wenn sie Platzbedarf für eine Schulhauserweiterung benötigt. Die Stadt ist nachher Eigentümer des ganzen Bodens und wir haben mit der Schulgemeinde Frasnacht schon eine Leistungsvereinbarung vorbesprochen mit dem Ziel, auch Unterhaltsarbeiten zusammen auszuführen, beispielsweise den Rasen mähen. Wir suchen Synergien und ich bitte sie, wie es Kaspar Hug gesagt hat, es ist die Zeit in Frasnacht etwas zu realisieren und wir realisieren nicht auf fremdem Boden, sondern der Boden wird zweckgebunden im Grundbuch der Stadt überschrieben, mit der Anmerkung, dass die Schulgemeinde diesen Boden wieder zurück bekommt, wenn sie eine Schulhauserweiterung machen muss.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Nur eine kurze Gegenfrage: Heisst es, dass die Schule ein Vorkaufsrecht bekommen will? Das heisst, sie kauft den Boden bei einer eventuellen Nutzung für eine Erweiterung für eine Schulanlage zurück?

Stadtrat Reto Stäheli: Es ist ein unentgeltliches Rückkaufsrecht, wie wir ihn unentgeltlich bekommen. Der Boden ist im Besitz von Arbon, wohl mit dem Teil, dass wir ihn auch zurückgeben können und eine Klausel kommt hinein betreffend Rückbau. Bis die Schule den Boden braucht, haben wir darauf keine Pacht und kein Baurecht, wie wir es mit anderen Gemeinden haben.

Riquet Heller, FDP: Stellen wir einmal rechtlich klar, dass es kein Vorkaufsrecht ist, sondern ein Kaufsrecht. Ich nehme an, die Schulgemeinde Frasnacht kann jederzeit dieses Kaufrecht wieder geltend machen zum Preise, den wir bezahlen, nämlich Fr. 0. Demzufolge kann von einem Kauf gar nicht gesprochen werden. Das heisst faktisch heisst es gleichwohl Herr und Meister, Eigentümer jenes Bodens bleibt die Gemeinde Frasnacht und sie will sich einfach die Spielgeräte auf diesem Platz bezahlen lassen durch die Stadt Arbon. Hier mache ich nicht mit. Ich meine es sei am Platze, dass endlich darüber nachgedacht werden soll, wie viele Korporationen im öffentlichen Bereich wir uns auf dem Stadtgebiet Arbon leisten sollen. Ich meine, eine Primarschulgemeinde wäre effektiv gut. Wenn wir mehrere haben, dann soll für alle dasselbe gelten, nämlich, dass Schulgeräte auf Schulareal durch die entsprechende Gemeinde gezahlt werden. Wir haben dasselbe bereits schon ein bisschen bei der Spielgruppe erlebt. Ich meine, diesbezüglich sei nunmehr der Riegel zu schieben und die Fr. 120'000.-- sollen durch die Schulgemeinde Frasnacht bezahlt werden. Unterstützen sie den Antrag meiner Kollegin Zürcher.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich werde den Antrag Zürcher ablehnen, wie Kaspar Hug und Ekin Yilmaz. Ich bin aber überhaupt nicht wütend, wenn wir in einem Jahr erfahren, dass das Aufmotzen dieses Kinderspielplatzes nicht Fr. 120'000--, sondern nur Fr. 80'000-- gekostet hat. Nach einem Augenschein bin ich der Meinung, das eine oder andere könnte man auch günstiger machen. Ich denke, dass auch Reto Stäheli nach dieser Diskussion sich bemühen wird, das Projekt zu etwas tieferem Preis durchzuziehen.

Präsident Remo Bass: Wir kommen zur Abstimmung.

://: **Dem Antrag von Claudia Zürcher, FDP und Hanspeter Belloni, SVP, den Betrag beim Konto 1351 3 503, Diverse Spielplätze, Spielgeräte + Baukosten um Fr. 120'000.-- zu reduzieren, wird mit 15 zu 13 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.**

1600 Verkehr

Stadtrat Reto Stäheli: Hier ein Hinweis, Riquet Heller, zu Konto 1621 9 501 / 650 Tempo 30-Zonen. Hier ist die ganze Planung enthalten für die grosse Baustelle.

17 Umwelt und Raumordnung

keine Bemerkung

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Konto 1650 öffentlicher Verkehr. Ich möchte auf dieses Konto zurückkommen, ich habe es vorhin verpasst. Wir haben eine Kommission, die ich präsidierten durfte. Die Kommission hat die entsprechenden Entscheide gefällt, die Anträge liegen bereit beim Präsidium. Diese Anträge hätten heute behandelt werden können, wenn die heutige Sitzung nicht ausschliesslich dem Budget gewidmet gewesen wäre. Die Anträge sind in Absprache mit dem Stadtrat getroffen worden, und bei diesen Anträgen sind für den Busbahnhof Fr. 388'000.-- einzusetzen und eine Ausstattung für die Bushaltestellen ist nicht nötig, weil die aus den Geldern der NLK zur Verfügung stehen. Von daher würde ich eigentlich beliebt machen, die entsprechenden Beiträge hier anzupassen. Ich weiss nicht, wie das der Herr Stadtammann sieht.

Stadtammann Andreas Balg: Das was Peter Gubser gesagt hat, ist richtig. Ich bin mir aber nicht sicher, ob wir hier Anpassungen vornehmen können, wenn das das Parlament noch nicht beschlossen hat.

Riquet Heller, FDP: Wir beschliessen jetzt über einen Plan. Plan ist etwas das in der Zukunft liegt und immer mit gewissen Risiken verbunden ist. Demzufolge können wir wirklich diese Risiken neu einschätzen und unter anderem haben wir jetzt einen sehr guten Prognostiker erhalten, nämlich den entsprechenden Kommissionspräsidenten, der uns neue, willkommenerweise tiefere Zahlen präsentiert hat. Ich meine, es liegt durchaus in unserer Kompetenz, die entsprechenden Planungsvorgaben, den neuen Gegebenheiten anzupassen und ich bitte sie demzufolge, dem Antrag Gubser zuzustimmen.

Präsident Remo Bass: Wir stimmen über den Antrag von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso ab.

- ://: **Den Anträgen von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso, das Konto 1650 4 501 öffentlicher Verkehr auf Fr. 388'000.-- anzupassen und das Konto 1650 4 506 auf Fr. 0.-- zu setzen, wird einstimmig zugestimmt.**

Wir fahren fort mit den Grafiken zum Finanzplan und den Kennzahlen zum Finanzplan.

Stadtammann Andreas Balg: Ich habe noch eine Information für das Parlament. Es geht um die Lohnanpassungen 2014. Die Leistungsbereitschaft und die Motivation der Stadtmitarbeiter ist sehr gut. Die Leistungserwartungen sind hoch und die vorgeschlagenen Anpassungen sind wie folgt: Wir gehen von einer Teuerung von 0 Prozent, einer generellen Lohnerhöhung von 0 Prozent und einer individuellen Anpassung von 0.8 Prozent aus.

Präsident Remo Bass: Wenn kein Rückkommensantrag vorliegt, schliesse ich diese Diskussion und bis die überarbeiteten Zahlen vorliegen, schlage ich eine 10-minütige Pause vor. Die Sitzung ist bis 21.20 Uhr unterbrochen. Bitte bedienen sie sich von den Nüssen, Mandarinen und Schokoladen im Foyer.

Fortsetzung der Sitzung um 21.20 Uhr.

Präsident Remo Bass: Sie haben die Zahlen vor sich liegen: Stand der Laufenden Rechnung nach den Korrekturen, wäre das verabschiedete Defizit nach Parlament Fr.883'900.--

Stand der Investitionsrechnung nach der Korrektur 15'038'000.-- Mio. Franken.

Mit der Kenntnis dieser Zahlen kommen wir zur Verabschiedung der stadträtlichen Anträge, welche von der FGK einstimmig unterstützt werden.

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2014 sei bei 76 Prozent zu belassen.

- ://: **Der Antrag des Stadtrates, den Steuerfuss bei 76 Prozent zu belassen, wird einstimmig angenommen**

2. Genehmigung des Voranschlags 2014 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von neu Fr883'900.--

- ://: **Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

3. Genehmigung des Investitionsplans 2014-2017 mit Nettoinvestitionen von 15'038'000.-- Mio. Franken

- ://: **Der Antrag wird mit 27 Stimmen bei 2 Enthaltung angenommen.**

Voranschläge mit Steuerfuss unterliegen gemäss Art. 7 der Gemeindeordnung obligatorisch einer Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 9. Februar 2014 zur Genehmigung unterbreitet.

Damit ist der Voranschlag durchberaten. Ich danke Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli für ihre grosse Unterstützung und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die geleistete grosse Arbeit.

3. Fragerunde

Präsident Remo Bass: Es liegen drei vorzeitig eingereichte Fragen vor. Die erste Frage stammt von Christine Schuhwerk, FDP betreffend „Weihnachtsbaum an der Grabenstrasse“.

Christine Schuhwerk, FDP: Im Felix vom Freitag, 22. November 2013 war zu lesen, dass der Weihnachtbaum am Tor zur Altstadt mit einer lapidaren Erklärung, wie technisch nicht mehr möglich, nicht mehr beleuchtet wird. Dieser Baum strahlte jedes Jahr weit in die Region als der schönste Weihnachtsbaum und ist eigentlich zur Weihnachtszeit nicht mehr vom Städtli wegzudenken. Wenn nun diese Baumbeleuchtung aus technischen Gründen nicht mehr gemacht wird, stellen sich mir und einigen Mitgliedern aller Fraktionen folgende Fragen:

1. Was sind die genauen technischen Gründe?
2. Ist die Arbonenergie aus Kostengründen nicht mehr bereit diese Kosten zu übernehmen?
3. Wird es in der Altstadt eine gleichwertige Ersatzbeleuchtung geben?

Stadtammann Andreas Balg: Unsere Informationen zur Weihnachtsbeleuchtung an der Grabenstrasse: Die technischen Gründe: Aufgrund des erschwerten Zugangs zum Baum und die Baustellensituation hat die Arbon Energie angefragt, ob sie auf die Beleuchtung dieses Jahr nochmals verzichten darf. Unter der Voraussetzung, dass ein besonders schöner Baum am Schloss aufgestellt wird, habe ich zugestimmt. Die Kosten waren zu diesem Zeitpunkt kein Thema, wurden aber unterdessen ermittelt und belaufen sich für diesen Baum auf rund Fr. 17'500--. Zukünftig prüfen wir die Möglichkeit, allenfalls mit alternativen Beleuchtungsmitteln, einem LED Strumpf oder etwas Vergleichbarem und den entsprechenden Ausrüstungen, diesen Baum wieder zu beleuchten. Es ist aber nicht die einzige Möglichkeit, die geprüft wird und vielleicht kommen wir noch mit einem besseren Vorschlag.

Präsident Remo Bass: Die zweite Frage stammt von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso betreffend „Vandalen-Akten an Velos in den Veloständern bei den Bahnhöfen“

Peter Gubser, SP, Gewerkschaften-Juso: An den Velos von Sportschülern, die auswärts wohnen und jeweils hier Velos brauchen, um in die Schule ins Stacherholz zu fahren, sind wiederholt Sättel und Reifen aufgeschlitzt worden. Ich möchte wissen, was der Stadtrat unternimmt zur Vermeidung von Vandalenakten, wovon ich jetzt einen erwähnt habe, bei den Veloständern des Bahnhofs Arbon?

Stadtrat Konrad Brühwiler: Mutwillige Sachbeschädigungen an Fahrrädern, sei dies im öffentlichen oder im öffentlich zugänglichen Raum, treffen leider auch in Arbon zu und sind dem Begriff Vandalismus zuzuordnen. Mitte November musste die Kantonspolizei zwei Meldungen über teils massive Sachbeschädigungen an Fahrrädern am Bahnhof Arbon entgegennehmen. Auf die Erhebung einer Anzeige gegen Unbekannt wurde verzichtet. Und da beginnt schon das Problem: Ich möchte alle Geschädigten auffordern, Anzeige gegen Unbekannt zu erstatten. Gerade im Hinblick auf die ab dem 1. Januar 2014 mögliche Videoüberwachung könnten vermehrt Hinweise eintreffen, die zur Aufklärung solcher hirnlosen Taten führen. Eine Anzeige ist meistens Ausgangspunkt für ein ordentliches Verfahren.

Aufgrund der aktuellen Meldung wurde die Kantonspolizei gebeten und die Securitas beauftragt, in nächster Zukunft vermehrte Aufmerksamkeit beim Fahrradständer beim Bahnhof auszuüben und dort speziell den Vandalismus ins Visier zu nehmen. Ich mache aber auch darauf aufmerksam, dass das Velodepot beim Bahnhof SBB im Gegensatz zum Veloparkplatz Seemoosriet unter die Verantwortung und Hoheit der SBB fällt.

Die SBB leisten bei den von der Stadt Arbon eingesetzten Ordnungsdienstpatrouillen der Securitas bisher keine Anteilszahlungen. Es wird deshalb mit den SBB geklärt, wie künftig die Arealordnung für den Bahnhof Arbon besser eingehalten werden kann und wie „herumhängende“ Personen, die nichts mit dem Reiseverkehr zu tun haben, vom Gelände verwiesen werden können. Wir wollen also die SBB mit ins Boot holen

Präsident Remo Bass: Die dritte Frage wurde eingereicht von Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso, betreffend „Verkehrssituation an der Grabenstrasse“.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Seit nunmehr 20 Jahren halte ich mich während der Ausstellungssaison (März bis Oktober) oft in der Kunsthalle an der Grabenstrasse auf, um dort zu arbeiten. Das Verkehrsaufkommen auf dieser Strasse ist mir deshalb sehr gut bekannt. Die Grabenstrasse ist die direkte Verbindungsstrasse zum Schwimmbad, Seeparksaal, diversen Restaurants und Bars, zum Quai und für die Schichtarbeiter der Firma Forster zu ihrem Arbeitsplatz. Neu wird auch der Verkehr vom ZIK (Ärztezentrum, Gericht etc.) über die Weitegasse, Grabenstrasse abgeführt.

Bereits 2005 und 2006 habe ich Anfragen an den Stadtrat gemacht, was er vorkehren will, um die rasant und mit Vollgas Fahrenden zu bremsen.

Nun gingen Jahre ins Land, das einzige was passierte war, dass man vor der Zufahrt in die Tiefgarage Schäfliwiese einfach mal drei Parkplätze wegradierte. Und dann im Oktober der grosse Hammer. Man hob auf der Grabenstrasse einfach mal alle Parkplätze auf, ordnete neu.

Als verkehrsberuhigend deklariert gibt es nun nur noch sechs Parkplätze, jeweils zwei verteilt auf die rechte und linke Fahrbahnhälfte, um die Parkplätze herum grosse steinige Absperrungen. Man hatte keine Hemmungen, eine Absperrung direkt vor den Eingang der Kunsthalle anzubringen, im Wissen darum, dass wir dort häufig auch schwere Ware ein- bzw. ausladen müssen.

Ich bin sehr empört über das völlig unsensible Vorgehen auf der Grabenstrasse, und nur noch nebenbei gesagt: es stimmt bei weitem nicht, dass keine Parkplätze aufgehoben wurden, wie man uns scheinheilig glauben machen wollte.

Ich möchte gerne wissen, ob es, wie versprochen, wieder die ursprüngliche Anzahl Parkplätze gibt und bis wann diese wieder erstellt sein werden?

Stadtammann Andreas Balg: Das provisorische Verkehrsregime, Tempo 30 in der Altstadt wurde gemeinsam im Mitwirkungsverfahren entwickelt und wurde aufgelegt. Einsprachen sind keine eingegangen. Die Umsetzung erfolgt anfangs Januar. Neu stehen in der Altstadt insgesamt einige Parkplätze mehr zur Verfügung, zumindest in dem Zeithorizont, den ich überblicken kann. Jetzt heisst es provisorisches Verkehrsregime, das bedeutet, Verbesserungsvorschläge können bis Ende April bei Frau Monique Trummer eingereicht werden.

4. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtammann Andreas Balg: Die erneuerte ausführliche Projektübersicht lag bei ihren zugestellten Unterlagen und ist auch heute auf dem Tisch aufgelegt worden. Die aktuellste Version kann auch über die Webseite der Stadtentwicklung heruntergeladen oder eingesehen werden.

Ergänzend dazu will ich auf den äusserst erfolgreichen ARWA-Stand der Stadt hinweisen. Er wurde sehr stark frequentiert, vielleicht sogar der bestfrequentierte Stand. Es ist uns gelungen, mit einem guten Teil der Einwohner Kontakt zu haben und diverse Themen anzusprechen.

Eines dieser Themata war die Weihnachtsbeleuchtung, der Weihnachtsbaum, ein anderes viel diskutiertes, Verbesserung bei der Einfahrt Stahelkreisel in die NLK. Es ist uns bekannt, dass das eine schwierige Situation ist. Heute hat ein weiteres Gespräch stattgefunden mit dem Kanton, um da

eine Verbesserung zu erzielen. Die Hauptzielsetzung ist die Verlangsamung des Verkehrs von der der NLK, welche Richtung Romanshorn fährt. Ich hoffe, dass das Gespräch heute, leider konnte ich nicht daran teilnehmen, zum Erfolg geführt hat und da eine echte Verbesserung erzielt werden kann.

5. Verschiedenes

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich möchte die Mitglieder der vorberatenden Kommission betreffend „Entsorgungsstelle“ bitten, nachher beim Präsidialtisch sich einzufinden. Wir haben ja soeben neue Fakten zu unserem Geschäft bekommen und möchten schauen, dass wir möglichst schnell weiter kommen.

Präsident Remo Bass: Dann möchte ich noch unter Verschiedenes mitteilen, dass die Motion von Roland Schöni, SVP betreffend „Verhältnis mit der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe“ von acht Personen mitunterzeichnet wurde, sie geht nun zur Bearbeitung an den Stadtrat.

Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder, Vertreter der Medien, Wie immer bei einer finanziell-angespannten Haushaltsslage, sei es im privaten oder geschäftlichen Bereich oder es sich wie hier um die Öffentlichkeit handhabt, gibt es viel zu diskutieren und es ist nicht in fünf Minuten abgehandelt. Ich danke ihnen Allen deshalb für die aktive Mitarbeit, und allen Anwesenden für ihr Interesse an unserer Ortspolitik.

Es wäre sehr schön, wenn sich alle hier Anwesenden im Foyer zu einem guten Gedankenaustausch mit Nüssli, Mandarinen und Schoggi und einem guten Glas Wein zusammensetzen würden. Ich wünsche eine frohe Weihnachtszeit und zufriedene Stunden im Kreise der Angehörigen und Freunde und Allen auch einen guten Übergang ins 2014.

Wir treffen uns zur 20. Parlamentssitzung am 21. Januar 2014 um 19.00 Uhr.

Ich erkläre hiermit die 19. Parlamentssitzung als geschlossen.

Schluss der Sitzung: 21.40 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Remo Bass

Die Parlamentssekretärin:

Evelyne Jung